:antifaschistische nachrichten

Nr. 16

g 3336 11.8.2011 27. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

„Pro" fährt nach Berlin

BERLIN. „Pro NRW"-Chef Markus Beisicht hat die Durchführung eines „Anti-Islamisierungskongresses" am 27. und 28. August in Berlin angekündigt. Beginnen soll dieser am Samstag, den 27.8., mit einer Pressekonferenz. Am Sonntag, den 28. August, will man sich um 10 Uhr auf dem Potsdamer Platz versammeln und für „die Bewahrung des abendländischen Charakters unseres Landes" einen Demonstrationszug zum Brandenburger Tor durchführen.

Neben Berliner Wahlkandidaten der sog. „Bürgerbewegung pro Deutschland" sollen auf dem „Kongress" der Fraktionsvorsitzende des rassistischen „Vlaams-Belang", Filip Dewinter, und die österreichische FPÖ-Aktivistin Susanne Winter sprechen.

Zur Unterstützung würden alleine aus Nordrhein-Westfalen „mehrere Busse" zur „Großdemonstration" in Berlin fahren, kündigte Beisicht großspurig an.

hma ■

Geistige Brandstifter

MÜNCHEN/BERGISCH-GLADBACH. Michael Stürzenberger, Administrator des rassistischen Internetportals „PI-News" und Vertrauter des PI-Gründers Stefan Herre, hat „PI-News" in einem Interview mit der „Jungen Freiheit" vor Kritik in Schutz genommen.

Die ARD-Sendung „Report Mainz" hatte Ende Juli in einem Beitrag kritisch über „PI-News" berichtet. „Islamkritik" sei „nach wie vor berechtigt, notwendig und muss noch intensiviert werden", so Stürzenberger.

Auch nach dem Mordanschlag in Norwegen werde sich die Grundhaltung nicht ändern. Der als freier Journalist tätige Stürzenberger kam von der CSU zur „Bürgerbewegung Pax Europa". Seit kurzem gehört er dem bayerischen Landesvorstand der Partei „Die Freiheit" an.

hma ■

Aus dem Inhalt:

Geithain – ein weiterer Rückzugsort für sächsische Neonazis? 7

Die Stunde der Verschwörungstheoretiker . . . 8

www.arbeiterfotografie.com

Wie der Phönix aus der Asche?

Norwegen auf der Suche nach sich selbst

Viel ist gesagt und geschrieben worden in den letzten Wochen über den Doppelanschlag in Norwegen und den Täter Anders B. Breivik. Journalisten, Terrorismusexperten und Psychologen meldeten sich zu Wort um der Frage auf den Grund zu gehen, was ihn bewegte, diesen Mann, der gezielt und brutal Jugendliche jagte und erschoss. Besonders zu interessieren scheint die Frage, ob es sich hier einfach um einen geisteskranken Fanatiker handelt oder einen bis zur letzten Instanz konsequenten rechten Ideologen. Wie die Antwort darauf auch lauten mag, fest steht, dass es sich hier um eine Tat mit politischer Dimension handelt – wenn schon nicht ihren Motiven nach, dann doch in ihrer Wirkung.

Zu hoffen bleibt, dass diese Wirkung der Intention des Täters möglichst konträr entgegensteht. Denn auch wenn diese Tatsache angesichts der perfiden Brutalität und den vielen unschuldigen Opfern nahezu unsagbar erscheint: die Hintergründe und Begleitumstände der Attentate haben Strömungen zeitgenössischer politischer Kultur offen gelegt, die mehr mit unserem alltäglichen Leben zu tun haben, als uns lieb ist. Erstaunlich und bemerkenswert ist, dass dies bereits so kurz nach der Tat vor allem in Norwegen selbst, jedoch auch im Ausland thematisiert wird und so die Hoffnung besteht, das Schreckliche könne zumindest eine schmerzhafte Lektion über den Zustand des politischen Klimas und der öffentlichen Meinung bereit halten.

Angefangen hat alles unmittelbar nachdem erste Informationen über die Osloer Anschläge bekannt wurden. In Norwegen wie im restlichen Europa brachte die Nachricht über den Terroranschlag im Regierungsviertel die Presse in Alarmstellung. Die erste und beinahe reflexartige Reaktion seitens Nachrichteninstanzen, die sich als politisch unabhängig und objektiv verstehen, war die Vermutung islamistisch motivierter Täter. Nach Bekanntwerden näherer Hintergründe folgte dann mantrenähnlich die Sensationsmeldung, es habe sich bei dem Attentäter doch unglaublicherweise um einen „blonden, blauäugigen Norweger" gehandelt. Was dies über die tiefe Verwurzelung anti-islamischer Ressentiments und die Unzulänglichkeit kritischer Reflexion des Hasspotenzials im rechten Milieu der eigenen Heimat seitens des medialen Mainstream aussagt, muss an dieser Stelle wohl kaum kommentiert werden. Die norwegischen Medien unterschieden sich hier wenig von denen des restlichen Europa.

Als in den folgenden Tagen mehr über die Motivation des Täters bekannt wurde,

weiter Seite 3

„Zivile Koalition“ tagt

BERLIN. Der Verein „Zivile Koalition“ um Beatrix Herzogin von Oldenburg hatte unlängst den Beginn einer Kampagne unter dem Motto „Stoppt die EU-Transferunion“ angekündigt. Nachdem der rechte Verein alle Bundestagsabgeordneten angeschrieben und diese aufgefordert hatte, sich gegen eine „Transferunion“ zu stellen, will er nun am 21. September einen Kongress in Berlin durchführen. Unter dem Motto „ESM-Vertrag: Der Weg in die Schuldenunion? Abschaffung von Demokratie und Souveränität?“ sollen im Hotel „Schweizerhof“ im Berliner Stadtteil Tiergarten mehrere Redner auftreten. So u.a. der FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler, der über gute Kontakte zu der am rechten Rand des Liberalismus angesiedelten Zeitschrift „eigentümlich frei“ verfügt. Auch der ehemalige BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel, gelegentlicher Autor der „Jungen Freiheit“, wird als Redner angekündigt. Ebenso Prof. Joachim Starbatty, der gegen die „Griechenlandhilfe“ vor dem Bundesverfassungsgericht klagt. „Deutschland und Europa stehen am Scheideweg“, orakelt die „Zivile Koalition“ und warnt vor einer „Beendigung unserer nationalen Selbstbestimmung“ und einer „ESM-Diktatur.“

hma ■

„Piusbrüder“ gegen CSD

STUTTGART. Eine halbe Hundertschaft Polizei ermöglichte der rechtsgerichteten „Priesterbruderschaft St. Pius X.“, in Stuttgart eine Mahnwache gegen den diesjährigen CSD durchzuführen. Dabei sahen sich die Piusbrüder auf dem Marienplatz heftigen Gegenprotesten ausgesetzt. Auf den Internetseiten des christlich-fundamentalistischen kreuz.net ist von „Homo-Schlägertruppen“ und randalierenden „Aids-Schleudern“ die Rede. Für Katholiken gelten, „ähnlich wie für Juden im Dritten Reich, eingeschränkte Bürgerrechte“, so kreuz.net. *hma* ■

Nie wieder ein SS-Europa!

Internationale Föderation der Widerstandskämpfer protestiert gegen SS - Treffen in Estland

Mit Empörung wendet sich die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten an die politisch Verantwortlichen in Estland, die es Ende Juli zum wiederholten Male zugelassen haben, dass ehemalige Kriegsverbrecher der estnischen und der lettischen SS-Divisionen in Sinimäe öffentlich die Erinnerung an ihre Taten zelebrieren konnten. Neben den SS -Veteranen waren auch zahlreiche junge Anhänger der extremen Rechten anwesend, die die „Estnische Legion“ als „Freiheitskämpfer“ und „Helden der Unabhängigkeit“ bezeichneten.

Besonders beschämend ist es, dass die Vertreter der estnischen Regierung selber keine Distanz zu diesem Treffen zeigten. Vielmehr wurde von dem Parlamentsabgeordneten Trivimi Velliste verkündet, dass der estnische Verteidigungsminister Mart Laar versprochen habe, den Veteranen der 20. SS -Division offiziell den Status der „Freiheitskämpfer“ zu verleihen. Folgerichtig behauptete auch das estnische Außenministerium, dass jegliche Kritik an dieser Veranstaltung falsch sei und „auf ideologischen Klischees“ basiere. Man sprach sogar von „ideologischen Manipulationen“.

Die FIR erklärt dazu in aller Deutlichkeit: Die Verbrechen der SS sind keine „ideologischen Klischees“, sondern sie wurden durch den Gerichtshof der Völker in Nürnberg nach dem Zweiten Weltkrieg festgestellt: Die SS war in allen ihren Teile eine verbrecherische Organisation. Es darf nicht sein, dass eine Regierung der Gemeinschaft der europäischen Länder sich über dieses grundsätzliche Dokument des Völkerrechts glaubt hinwegsetzen zu können.

Wir erwarten von der estnischen Regierung, dass sie als Bestandteil des vereinten Europas jeglicher Rehabilitierung der SS-Verbände Einhalt gebietet. Wir treten mit allen antifaschistischen Kräften in Europa aktiv gegen Geschichtsrevision und Rehabilitierung der SS-Verbände ein.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Für den Exekutivausschuss der FIR
Vilmos Hanti, Präsident; Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär
FÉDÉRATION INTERNATIONALE DES RÉSISTANTS (FIR) Berlin, 3.8.11 ■

Einen Tag nach Oslo – Anschlag in Radevormwald

WUPPERTAL. Nur einen guten Tag hat es gedauert, bis die katastrophalen, christlich-fundamentalistisch und faschistisch motivierten Anschläge von Oslo (Norwegen) in Radevormwald Nachahmer gefunden hatten. *Wuppertal gegen Rechts schreibt dazu*:

„Mit Empörung weisen wir darauf hin, dass die Moschee einer unserer moslemischen Gemeinden in der Nacht von Samstag auf Sonntag, mutmaßlich gegen Mitternacht, mit Steinwürfen angegriffen wurde. Mit schweren Quarzsteinen wurden drei der vier doppelt verglasten Fenster des unscheinbaren Moschee-Gebäudes zerstört. Einer der Steine wurde mit derartiger Wucht geworfen, dass Teile absplitterten.

Wir weisen darauf hin, dass der gefasste Täter von Norwegen auch gesagt haben soll, er kämpfe gegen die Islamisierung Europas und die linksliberale Politik. Genau dieses Feindbild kennen wir von in Radevormwald aktiven Organisationen der extremen Rechten: „pro NRW“.

Wir erinnern daran, dass bereits im letzten Jahr im Zusammenhang mit den durch einen Aachener Nationalisten geplanten Sprengstoffanschlägen „pyrotechnische Mittel“ bei Rechtsaktivisten auch in Radevormwald gefunden wurden. Wir stellen die Frage nach den Konsequenzen – Was ist seither getan worden, um rechten Gewalttätern Einhalt zu gebieten?

Es darf hier keine Verharmlosung mehr geben. Gerade die Gefahr, die von sich selbst so nennenden Rechtspopulisten ausgeht, darf nicht mehr unterschätzt werden. Der Täter von Oslo war bis 2006 in einer solchen Partei. Sie predigen den selben Hass gegen alles, was anders ist, wie ihre geistigen Väter im Dritten Reich. Nach den schrecklichen Anschlägen von Norwegen muss in Deutschland verstanden werden: Das Verbot aller faschistischen Organisationen ist eine akute Frage der inneren Sicherheit – Es muss sofort umgesetzt werden!

Von unpolitischem Vandalismus kann im Fall Radevormwald, nicht nur auf Grund der zeitlichen Zusammenhänge, niemand ernsthaft ausgehen. Der Anschlag auf die Radevormwalder Moschee war offensichtlich geplant. Die Täter mussten geeignete Steine vor der Tat beschaffen und zum Tatort transportieren. Wir gehen davon aus, dass aus diesem Grund „nur“ drei Steine geworfen wurden. Kleine Städte sind nicht vor braunen Verbrecherbanden sicher, die Menschen in Radevormwald in akuter Gefahr. Wir erinnern an den Brandanschlag auf das Asylbewerberheim in Hückeswagen vom 9. Oktober 1991, in unserer unmittelbaren Nachbarschaft – nur durch Zufall kam damals kein Mensch ums Leben.“

Quelle: http://wuppertal-gegen-rechts.de 25.07.2011 ■

Ältester KZ-Überlebender feierte 106. Geburtstag

ÖSTERREICH. Am 23. Juli feierte Leopold Engleitner seinen 106. Geburtstag. Er ist der älteste Überlebende der Konzentrationslager Buchenwald, Niederhagen und Ravensbrück. Als einfacher Bauernknecht verweigerte er während des Nazi-Regimes aufgrund seiner religiösen Überzeugung als Zeuge Jehovas den Dienst in der Deutschen Wehrmacht. Am 4. April 1939 wurde er in Bad Ischl von der Gestapo verhaftet und in Linz und Wels in Untersuchungshaft genommen.

Die Nazis steckten ihn in die Konzentrationslager Buchenwald, Niederhagen und Ravensbrück. In Buchenwald war er von Oktober 1939 bis März 1941 interniert, im März 1941 wurde er ins KZ Niederhagen in Wewelsburg bei Paderborn

überstellt und kam dann im April 1943 ins KZ Ravensbrück, wo er nach jahrelanger Zwangsarbeit und schwersten Misshandlungen im Juli 43 mit nur 28 Kilogramm entlassen wurde. In der Heimat arbeitete er dann auf einem Bauernhof als Zwangsarbeiter, bis er kurz vor Kriegsende noch einen Einberufungsbefehl erhielt. Daraufhin flüchtete er ins Salzkammergut. Wochenlang wurde er von den Nazis gesucht, aber sie konnten ihn nicht aufspüren.

Engleitner wurde durch seine Biografie und den Dokumentarfilm „Nein statt Ja und Amen“ weltbekannt. Als „Zeitzeuge gegen das Vergessen“ reiste er von 1999 bis 2009 mehr als 120.000 Kilometer quer durch Europa und die USA.

Quelle: Ischler Woche vom 27.7.2011 ■

Blind gegenüber Nazigewalt

DORTMUND. In der Nacht vom 19. auf den 20. Juli war das Wahlkreisbüro von Ulla Jelpke zum sechsten Mal Ziel eines Angriffs von Neonazis. Das „Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt“ wurde von der Staatsanwaltschaft Dortmund in einer Rekordgeschwindigkeit von nicht einmal fünf Tagen mit Datum 26.7.2011 eingestellt, „weil ein Täter nicht ermittelt werden konnte“ und: „weitere Nachforschungen versprechen zur Zeit keinen Erfolg.“

„Diese schnelle Ermittlungseinstellung lässt befürchten, dass Polizei und Staatsanwaltschaft in Dortmund weiterhin auf dem rechten Auge blind sind“, beklagt die Dortmunder Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Ulla Jelpke. „Zu befürchten ist nun, dass die Dortmunder Staatsanwaltschaft auch in rund 10 weiteren Fällen die Anzeigen von Opfern rechter Gewalt und Drohungen aus den letzten zwei Wochen einstellen wird. Notwendig wäre ein Verbot des Naziaufmarsches am 3. September. Da auf Polizei und Justiz kein Verlass ist, rufe ich weiterhin gemeinsam mit dem Bündnis **Dortmund stellt sich quer** zu massenhaften Blockaden auf.“ *Ulla Jelpke, MdB*
Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Demonstration gegen Anschlag auf Sinti-Familie

LEVERKUSEN. Etwa 30 Personen (inklusive einer Samba-Band) zogen am Mittwochabend, den 27.7. in einer spontanen Demonstration vom Leverkusener Bahnhof durch die Innenstadt zu einem Haus, auf das in der Nacht vom Sonntag auf Montag ein Brandanschlag verübt worden war. Die Täter hatten mehrere Molotowcocktails in die Erdgeschosswohung geschleudert.

Mit Sprechchöre und dem Verteilen von Flugblättern machten die Demons-

Fortsetzung von Seite 1: Norwegen auf der Suche nach sich selbst

die er in einem 1500 Seiten starken Manifest offengelegt hatte *(hierzu bereits Bernhard Schmid in Ausgabe 15/11)*, hörten wir schnell die Attribute „irrsinnig“, „wirr“ und „wahnhaft“. Entgegen des psychologischen Eifers, der die Presse in diesen Tagen bestimmt, soll an dieser Stelle kein vorschnelles Urteil über den geistigen Zustand des Attentäters gefällt werden. Auffällig ist jedoch, dass sich in den Schriften eines mutmaßlichen Geisteskranken nahezu wortwörtlich die Argumentation rechtspopulistischer Parteien wiederfinden lässt. Neben tatsächlichen Zitaten amtierender Politiker des rechten Randes, etwa der norwegischen Fortschrittspartei und den „Wahren Finnen“, wird hier zentral die Bedrohung einer islamischen Einnahme des traditionell christlichen Europas heraufbeschworen – eine Verschwörungstheorie, auf deren Basis alle erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien in Europa die multikulturelle Gesellschaft bekämpfen. Auch die Kritik an einem Establishment, dass vor lauter „political correctness“ nicht mehr in der Lage sei, nationale Werte zu schützen sowie ein System der hermetischen, jedoch opportunistisch definierten Abgrenzung zwischen „Uns“ und den „Anderen“ kennen wir von den Parteien des rechten Randes.

Vieles weist darauf hin, dass diese allzu augenscheinlichen Parallelen nicht nur kritischen Beobachtern auffallen, sondern selbst für die sonst gern ihrer eigenen kruden Logik folgenden Rechtspopulisten zu offensichtlich sind, um sie bestreiten zu können. Denn die Politiker, die sich sonst zu jeder Gelegenheit ins Licht der Öffentlich drängen und ihre Standpunkte lautstark verkünden, sind vor allem innerhalb Skandinaviens seit der Tat auffällig still. Auf der Homepage der norwegischen Fortschrittspartei liest man aktuell neben Beileidbekundungen lediglich die Ankündigung, die Kritik an rechtspopulistischer Einwanderungspolitik im Vorfeld der Tat von eigener Seite kommentieren zu wollen „wenn die Zeit gekommen sei“. Bis dahin begnügt man sich mit Kondolieren und leisen Floskeln über das „Zusammenstehen der Nation in schweren Zeiten“ – wen genau sie damit einschließt, lässt die FrP dieser Tage lieber unter den Tisch fallen.

Der Grashalm, an den sich die norwegische Fortschrittspartei als Ausweg aus der Verantwortung klammert, ist die Tatsache, dass der Attentäter Breivik aus der rechtspopulistischen Partei FrP austrat, weil er die von ihr propagierten Standpunkte als „zu moderat“ erachtete. Dies ist nicht unwichtig, denn hiermit hat der Täter gezeigt, dass er sich bewusst von demokratischen Werten abwandte. Doch es ist ein schmaler Grat, der die FrP noch an diese demokratischen Grundwerte bindet und sie von rechtsextremen Parteien trennt – dies ist nun einmal mehr deutlich geworden in der Tatsache, wie viele grundsätzliche Standpunkte ein fanatischer rechter Attentäter mit dieser Partei teilen kann.

Es ist nicht zu erwarten, dass die norwegische Fortschrittspartei oder andere rechtspopulistische Parteien durch die Tat ihre Ideologie überdenken und höchstwahrscheinlich wird auch ihre Rhetorik nur kurzzeitig etwas gemäßigter ausfallen. Abzuwarten bleibt aber, ob durch die Taten eine Verschiebung innerhalb des Mainstream-Diskurses bezüglich fremdenfeindlicher und kulturrelativistischer Thesen stattfinden wird.

In den vergangenen Tagen ist vor Augen geführt worden, dass sich schleichend ein Milieu der Adaption rechten Gedankengutes in Gesellschaft und politischer Mitte ausgebreitet hat. Der norwegische Ministerpräsident Stoltenberg sowie andere führende Politiker haben nach der Tat wiederholt die Notwendigkeit betont, trotz des Traumas ein „offenes, demokratisches Land“ zu bleiben. Dass dieses Ideal durch den großen Einfluss der Rechtspopulisten in der letzten Dekade bereits erhebliche Risse erlitten hat, ist ein unbequemes Thema.

Zu hoffen bleibt, dass das skandinavische Land in dieser Hinsicht zu seinen Wurzeln zurückfindet und ein europäisches Vorbild abgibt.

Nina Schillings ■

3. September 2011 Dortmund, Infos unter http://dortmundquer.blogsport.de

trierenden auf den wahrscheinlich fremdenfeindlichen Hintergrund des Anschlags aufmerksam, den die betroffene Familie nur durch Zufall unverletzt überlebt hatte. Vor Ort gab es für die Teilnehmer der Demonstration die Möglichkeit, mit Mitgliedern der betroffenen Sinti-Familie ins Gespräch zu kommen. Auch wenn die Polizei weiterhin in mehrere Richtungen ermittelt, gehen die Familie und die Nachbarn nach eigener Auskunft fest davon aus, dass der Anschlag einen fremdenfeindlichen Hintergrund hatte. Dafür spricht auch, dass in allen Straßen rund um das ausgebrannte Haus zahlreiche Aufkleber mit eindeutigem Bezug zur rechtsradikalen Szene verklebt waren.

Die rechtsextreme „Bürgerbewegung Pro NRW“ hatte in der Vergangenheit mehrfach gegen die nun von dem Anschlag betroffene Familie gehetzt. Höhepunkt der Kampagne war eine von „Pro NRW“ veranstaltete Kundgebung gegen die Sinti-Familie im September vergangenen Jahres. Auch den Brandanschlag in diese Woche verharmlost „PRO NRW“ in einer Stellungnahme, in der über möglicherweise mangelnde Brandschutzvorkehrungen in dem Gebäude spekuliert wird. Auch Vertreter_innen anderer Parteien in Leverkusen relativierten den Anschlag durch Verweis auf angeblich kriminelle Aktivitäten der betroffenen Familie. So betont beispielsweise die FDP Leverkusen in einer Stellungnahme, dass das „oftmals provokante und aggressive Auftreten dieser stadtbekannten Familie immer wieder zu Irritationen“ geführt habe. Nicht nur „Pro NRW“ schürt so eine rassistische Stimmung gegen Sinti und Roma - die Brandsätze dieser Woche sind da nur die grausam konsequente Fortführung dieser Argumentationen.

Quelle: Indymedia, 28.7.11 ■

Kein Schulfrei für die Bundeswehr

Mannheim. Die Grünen sind mit der Wiederaufnahme eines ursprünglich von der LINKEN in den Gemeinderat eingebrachten Antrags (145/2011) gescheitert, der Bundeswehr bei öffentlichen Veranstaltungen vor allem für Kinder und Jugendliche keinen Werberaum mehr zu geben – weder in den Mannheimer Schulen noch z. B. als Sponsor bei „Sport- und Spiel am Wasserturm“ mit entsprechenden Werbeständen. In der Begründung hatten die Grünen auf die Wandlung der Bundeswehr in eine Freiwilligenarmee überwiegend im Auslandseinsatz abgehoben.

Bei der Hauptausschuss-Sitzung am 19. Juli verweigerten CDU und FDP, aber auch die SPD strikt jede Unterstützung. Die SPD, die im Hauptausschuss am 1.3. bei der Behandlung des ursprünglich LINKEN-Antrags (042/2011) noch Zustimmung zu einem modifizierten Antrag in Aussicht gestellt hatte, war nun wieder ganz in blinde Gefolgschaftstreue für die „demokratische Parlamentsarmee“ verfallen. Da mögen Unesco und NGOs wie terre des hommes und missio zehnmal fordern, dass nicht nur die Eingliederung von Kindern und Jugendlichen in Militärverbände strikt zu unterlassen ist, sondern auch die Werbung für Militär unter Kindern und Jugendlichen – die SPD ficht dies nicht an. Blinde Gefolgschaft macht eben blind. *tht* ■

17. Juli in Mannheim: Antimilitaristische Aktion vor dem Bus der „Deutschen Marine“, die Rekrutenwerbung betreibt

NPD-Verbot wäre die einzig saubere Lösung

Berlin. „Innenminister Schünemann (Nds.) treibt mit seinem Vorschlag, der NPD die staatliche Parteienfinanzierung zu streichen, ein gefährliches Spiel mit dem Grundgesetz“, kritisiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, die Forderung des Sprechers der Unions-Innenminister. Jelpke weiter: „Ein Verbot der NPD wäre die einzig saubere Lösung. Die Partei ist verfassungsfeindlich, und sie ist ein wichtiges Rückgrat für die gewalttätige Nazi-Szene. Schünemann will aber keine saubere Lösung, weil dann die staatlichen V-Leute aus der NPD abgezogen werden müssten. Dass diese mehr Schaden als Nutzen anrichten, ist vom letzten Verbotsverfahren her bekannt. Aber die Union will vom Irrglauben an den Segen geheimdienstlicher Unterwanderungstaktik nicht lassen. Schünemann versucht mit seinem Vorstoß, das Versagen der Union im Kampf gegen den Rechtsextremismus zu kaschieren. Die NPD legal weiterbestehen zu lassen, ihr aber die Finanzierung zu streichen, würde zu einem verfassungsrechtlichen Drahtseilakt. Im Gegensatz zu einem ordentlichen Verbotsverfahren wäre dies ein gefährliches Spiel mit dem Grundgesetz. Denn es darf nicht sein, dass der Staat nach Gutdünken entscheidet, ob zugelassene Parteien das Parteienprivileg tatsächlich nutzen dürfen. Dem Missbrauch wären Tür und Tor geöffnet. Vor drei Jahren hat Schünemann noch selbst eine Grundgesetzänderung für eine solche Maßnahme als notwendig bezeichnet. DIE LINKE fordert weiterhin: Keine Spielchen mit dem Grundgesetz, sondern entschlossenes Vorgehen gegen Nazis. Dazu gehört das Verbot der NPD.“

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Kriegsverbrechen nicht verschweigen

Reichenhall. 70 Jahre ist es am Montag, den1. August her, dass Reichenhaller Gebirgsjäger die griechische Ortschaft Skines zerstörten und 148 Zivilist_innen ermordeten. In der oberbayerischen Kurstadt erinnert bislang aber nichts an die Opfer, stattdessen wird dort der Täter gedacht.

Während der deutschen Besatzung der Mittelmeer-Insel Kreta beging die deutsche Wehrmacht zahlreiche Kriegsverbrechen. Über 3500 Zivilist_innen wurden als Partisan_innen und deren Unterstützer_innen hingerichtet und über 30 Dörfer komplett zerstört. Viele dieser grauenvollen Verbrechen sind bis heute weder aufgearbeitet noch wurden die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen. Die Zerstörung der Ortschaft Skines und die Erschießung von 148 kretischen Zivilist_innen am 1. August 1941 aber sind den Bad Reichenhaller „Gebirgsjägern“ der 5. Division durch den eigenen „Tätigkeitsbericht“ nachzuweisen.

Dort heißt es wörtlich: „Auf Befehl des Kdt. d. Fest. Kreta wird im Westteil der Insel eine Sonderaktion gegen Freischärler durchgeführt. Sie erfasst die Orte Alikianu, Skines, Furnes, Prasses, Meskla. (…) Der Leiter des Unternehmens ist Major Friedmann, Kdr. II/G.J.R. [Gebirgsjäger Regiment] 100. Wegen Freischärlerei, Fledderei oder unerlaubten Waffenbesitzes wurden vom Standgericht abgeurteilt und erschossen: 146 männliche und 2 weibliche Personen. Bei Einschließung der Ortschaft Skines wird gegen die Truppe gefeuert. Als Vergeltungsmaßnahme wird Skines niedergebrannt.“ [1] Nach dem Krieg bauten die nach Skines zurück gekehrten Einwohner_innen an der Kreuzung nach Alikianos ein Denkmal für die „von den Deutschen erschossenen Widerstandskämpfer aus den umliegenden Gemeinden.“[2] In Bad Reichenhall hingegen erinnert im Ortsbild nichts an die Kriegsverbrechen der örtlichen Gebirgsjäger. Für das antifaschistische Bündnis RABATZ ist das Gegenteil der Fall. „Durch rechte, geschichtsrevisionistische Traditionspflege werden in Bad Reichenhall die Täter zu Helden verklärt. Die Bundeswehrkaserne ist immer noch nach einem Nazigeneral benannt und eine ‚Kreta Brücke‘[3] glorifiziert den faschistischen deutschen Angriffskrieg. Und das sind nur zwei Beispiele von vielen,“ so Anna Jade, eine Sprecherin des

→

Bündnisses. Da sich in Bad Reichenhall trotz einer antifaschistischen Kampagne die Zustände bisher offensichtlich nicht geändert hätten, sieht sich das Bündnis verpflichtet nochmals zu intervenieren. „Wir planen für September eine Vorführung des Filmes ‚Als die Deutschen vom Himmel fielen'[4]. Dieser behandelt die Geschehnisse auf Kreta zwischen 1941-45. Selbstverständlich überlegen wir auch, nächstes Jahr erneut in Bad Reichenhall zu demonstrieren," so Jade über mögliche weitere Aktionen.

infogruppe rosenheim, 29.7.2011 ■

1] BA-MA, RH 28-1/ 6, Tätigkeitsbericht der 5. Geb.Div. vom 1.8.194 - 15.3.1942, Blatt 105 ff. Seite 2 des Berichtes (ohne Paginierung).

[2] Vgl. Inschrift des Denkmals, insgesamt werden 141 Opfer genannt: Gemeinde Fournes 45, Skines 32 (Nördliche Ortschaften:) Alikianos 13, Koufos 5, Vatolakkos 17, (Westlich Ortschaften:) Nea Roumata 5, Prases 12, (Südliche Ortschaften:) Orthouni 9, Karanos 2, Meskla 1

[3] Bereits im Mai diesen Jahres forderte das Bündnis eine Umbenennung der Brücke nach den Bad Reichenhaller Antifaschisten Johann Winkler und Gottfried Reischl, der Stadtrat blieb aber bis heute untätig. Vgl. Pressemitteilung BRH 2011-3 vom 14.05.2011

[4] Der Film erzählt vom Widerstand der Bevölkerung Kretas gegen die deutschen Truppen, die im Mai 1941 die Mittelmeerinsel angriffen. Weitere Infos: www.kreta-film.net

Berlin-Wahl

Die in heftiger Konkurrenz stehenden Rechtsaußenparteien in der Hauptstadt haben ihren Wahlkampfauftakt vollzogen. 30.000 Wahlplakate will „pro Deutschland" an die Laternenmaste hängen und prahlt mit dem Ziel „Fünf Prozent plus X", um die politische Landschaft umzukrempeln. Eins der Plakate wirbt mit dem Slogan „Wählen gehen für Thilos Thesen". Sarrazins Verlag soll Presseberichten zufolge einen Anwalt beauftragt haben, rechtliche Schritte zu prüfen, um die Verbreitung des Plakats zivilrechtlich zu untersagen. Rouhs sieht nach eigenen Äußerungen der Prüfung „mit Gelassenheit entgegen". Die Provokation und das entsprechende Medienecho ist bewusste Strategie der „pro Bewegung", die sie schon des öfteren praktiziert hat.

Immerhin hat sie gegenüber der „Freiheit", die vor allem mit dem Auftritt von Geert Wilders am 3.9. wirbt, 77 von 78 Wahlkreisen zum Abgeordnetenhaus mit Direktkandidaten besetzt und steht für alle BVV auf den Wahlzetteln. Die „Freiheit" konnte nur 30 Wahlkreise besetzen.

Die NPD, die 2006 bei 2,6 % der Stimmen für das Abgeordnetenhaus hängen blieb, aber in vier BVV einzog, möchte wenigstens dieses Ergebnis halten. Den in Bremen gescheiterten ehemaligen DVU-Vorsitzenden Matthias Faust hat sie als Spitzenkandidaten für die BVV Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg aufgestellt.

Quelle: Newsletter BAG DIE LINKE 8-2011 ■

Gegen faschistischen Terror und seine „rechtspopulistischen" Stichwortgeber

KÖLN. Trotz eines sehr kurzfristigen Aufrufs versammelten sich am Abend des 29. Juli etwa 300 Menschen auf dem Heumarktin Köln, um der Opfer des faschistischen Terrors in Norwegen zu gedenken. Die Organisator(inn)en wollten die Kundgebung ursprünglich vor dem Fraktionsbüro von „pro Köln" durchführen – die Polizei genehmigte allerdings nur einen Treffpunkt am Heumarkt. Dennoch stand der Zusammenhang von rassistischer, „rechtspopulistischer" Hetze, wie sie in Köln vor allem von „pro Köln" betrieben wird, und den bestialischen Morden des Anders Brevik im Mittelpunkt aller Redebeiträge.

Den Beginn machte Hanna Schubert, stellvertretende Vorsitzende der Kölner „Falken", des Schwesterverbandes der norwegischen Jugendorganisation, deren Ferienlager Brevik überfiel. Zwei Vertreter(innen) von AKKU (Antifaschistische Koordination Köln und Umgebung) verwiesen in ihren Beiträgen auf die internationale Vernetzung der Rassist(inn)en sowie darauf, dass Personen, die „pro Köln" bzw. ihren Vorgängerorganisationen nahe standen, auch hier in mehreren Fällen Menschen ermordeten. Peter Trinogga von der VVN/BdA Köln machte auf den menschenfeindlichen Kern der rechten Ideologie, der immer wieder blutigen Terror nach sich zieht, aufmerksam und wandte sich gegen den Vorwurf, Antifaschist(inn)en würden Politik auf dem Rücken der Ermordeten machen: „Was wir den Opfern des Terrors schuldig sind, ist das ständige Bemühen, in Zukunft solche Bestialitäten zu verhindern, in dem wir ihre Urheber und Hintermänner bekämpfen".

Die Kundgebung endete mit einer Rede eines Vertreters der „Schüler gegen Rechts" und dem dringenden Appell, sich dem am nächsten Tag angekündigten Aufmarsch autonomer Nationalisten am Hauptbahnhof entgegen zu stellen und ihn zu verhindern. Anschließend demonstrierten die Teilnehmer(innen) der Kundgebung spontan gemeinsam zum Bahnhofsvorplatz, wo die Aktion beendet wurde.

tri ■

www.arbeiterfotografie.com

Auszüge aus der Rede von Hanna Schubert, (stellv. Vorsitzende SJD - Die Falken KV Köln)

„Wir wollen heute ein Zeichen setzen. Nicht nur ein Zeichen gegen Gewalt, sondern ein Zeichen gegen die Verbreitung jenes Gedankengutes, das Menschen auseinander treibt und so viel Hass schürt, der letztlich immer in einer Form der Gewalt enden wird.

Warum versammeln wir uns dazu vor dem Büro der rechtsextremen Gruppierung „pro Köln"? In der Begründung eines Aufrufs für eine Petition gegen die Aufnahme der Türkei in die EU schreibt „pro Köln": „Türkei: nicht nur eine perspektivlose Jugend will nach Deutschland und nach Europa. Offiziell leben 23 Millionen Menschen in Westeuropa, die Dunkelziffer ist weitaus höher. Täglich kommen Tausende nicht integrierbare Menschen zu uns. Das Mittelmeer ist eine offene Grenze. Überall in Europa findet eine Zuwanderung in die ohnehin überlasteten Sozialsysteme statt."

In diesen kurzen Zeilen wird alles deutlich was „pro Köln" ausmacht: Sachverhalte werden pauschalisiert, es werden Ängste geschürt und dazu genutzt, einen Teil der Bevölkerung, der seit vielen Jahrzehnten in diesem Land zu Hause ist, zu diskreditieren.

Die Kölner Falken sagen deutlich, dass wir keine rechtspopulistische Politik und keine rassistischen Parolen wollen! Denn sie erzeugen eine Gesellschaft, die geprägt ist durch Vorurteile, Ängste und strukturelle Gewalt, die keine Ordnung schafft, sondern irgendwann in Gewalt endet, in der Menschen zur Zielscheibe werden."

Ein schlechter Tag für die Neonazis in Köln

Köln. Das hatten sich die Neofaschist_innen sicherlich ganz anders vorgestellt: Eigentlich hatten sog. freie Kameradschaften am Samstag , 30.7. eine Kundgebung in Köln geplant – nachmittags auf der Domplatte. Allerdings wollten sie dabei unter sich bleiben und hatten im Vorfeld nur intern mobilisiert und nicht öffentlich aufgerufen. Unterstützt wurden sie dabei von der Polizei, die ebenfalls nirgends darüber informierte, was für Gestalten sich am Samstagnachmittag mitten in Köln treffen wollten. Dies ist keineswegs ungewöhnlich, sondern ist eine immer häufiger benutzte Strategie der Rechten, um Gegenproteste von Anfang an zu verhindern.

www.arbeiterfotografie.com

Doch die Rechnung ging – wie so oft – nicht auf: Antifaschistische Kreise erfuhren von dem Vorhaben und mobilisierten kurzfristig über verschiedene Kanäle: Neben Aufrufen auf Internetseiten veröffentlichten zudem der AStA der Uni Köln, das Bündnis gegen Pro Köln/NRW, der Kreisverband der Kölner LINKE Pressemitteilungen, in welchen auf die Pläne der Rechten und die Desinformationspolitik der Polizei hingewiesen wurde.

Und so fanden sich dann am Samstag vor der geplanten Neonazi-Kundgebung etliche Aktivist_innen im und um den Kölner Hauptbahnhof ein. Die Polizei, die mit einem großen Fuhrpark vor Ort war, begnügte sich zunächst damit, in Nähe der angereisten Neofaschist_innen zu bleiben. Viel hatten sie damit aber nicht zu tun, denn nur ein armseliges Grüppchen von etwa 15 teilweise kahlköpfigen Rechten hatte den Weg in die Domstadt gefunden.

Nach etwa einer Stunde wurden sie dann von der Polizei aus der Bahnhofsvorhalle zu einem der Gleise geführt – begleitet von einer großen Gruppe von Gegendemonstrant_innen. Unter lauten Schmährufen und Sprechchören warteten sie mit Polizeischutz dann auf dem Gleis, bis sie endlich in den Regionalexpress in Richtung Krefeld steigen durften und den Heimweg antraten – ohne eine Kundgebung abgehalten zu haben. Ein schlechter Tag für die Neonazis, ein eher ruhiger Tag für die Polizeibeamt_innen und ein erfolgreicher Tag für die Antifaschist_innen, denen es gelang, trotz der sehr kurzen Zeit genug Menschen an den Hauptbahnhof zu mobilisieren, um die Neonazis unverrichteter Dinge wieder nach Hause zu schicken.

Antifaschist_innen werden auch in Zukunft über die Aktivitäten der rechten Szene aufklären und menschenfeindliche Ideologien jedweder Couleur bekämpfen.

jk ■

Bad Nenndorf: 600 sind weniger als 1000

Wie in den AN Nr. 15 berichtet, versammeln sich seit 2006 Rechtsextremisten und Neonazis zu einem „Trauermarsch“ in Bad Nenndorf, einer Kurstadt westlich von Hannover. Sie ziehen jährlich – seit dem Aufmarschverbot in Wunsiede – zum „Wincklerbad“, das von 1945 bis 1947 ein Verhörzentrum für Gefangene des Naziregimes war, um ein Heldengedenken zu inszenieren.

Auf der Fahrt der Gegendemonstranten von Hannover nach Bad Nenndorf war bereits im Umsteigebahnhof Haste der Protest mit bunten Fahnen und Transparenten weithin sichtbar.

Nach Aussagen der Veranstalter haben 2000 gegen das Auftreten der Neonazis protestiert und demonstriert. Die gesamte Stadt hat in vielfältigster Form ihren Protest ausgedrückt. Am Bahnhof waren große Transparente mit dem Motto „Bunt statt Braun“ ausgehängt. In vielen Geschäften gab es Aushänge „Bunt statt braun“, Gartenzäune waren geschmückt. Die Bewohner der Bahnhofstraße, Zugangsstraße zum „Wincklerbad„ Hauptdemonstrationsweg der Nazis, brachten ihren Protest auf vielfältigste Weise zum Ausdruck, neben großen Transparenten über der Straße, hatten die Bewohner kleine Feste mit Musik organisiert und ihre Häuser entsprechend „geschmückt“. Entlang der Marschroute feierten Bad Nenndorfer Bürger unter anderem Geburtstagspartys mit bunten Luftballons und Fähnchen. Rentner tanzten im Garten zu lauter Musik.

Auf der Kundgebung sprachen Vertreter der Parteien, der Kirche, des DGB, die stellvertretende Landrätin, eine Vertretern der Initiative Nachbargemeinde Rodenberg sowie ein Vertreter der Roma Niedersachsen. Auf der Kundgebung wurde sowohl das Verbot des Aufmarsches in Bad Nenndorf als auch das Verbot der NPD gefordert. „Nicht Bad Nenndorf und nirgendwo, von Wunsiedel lernen“ lautete eine weitere Forderung.

Als Rednerin/Redner fehlte ein/e Vertreterin/Vertreter der Grünen. Die Erklärung: auf der Kundgebung wurde mitgeteilt, dass die Busse von Gegendemonstranten von der Polizei aufgehalten wurden. Die Grünen hatten u.a. die Anfahrt von Hannover mit Bussen organisiert. Da weder an der Demonstration noch auf der Kundgebung autonome Antifaschisten teilgenommen haben ist davon auszugehen, dass sie auch von der Polizei aufgehalten wurden.

640 Rechtsradikale und Neonazis waren nach Angaben der Polizei dem Aufruf zum „Trauermarsch“ gefolgt. Also eine ziemlich reduzierte Zahl gegenüber 2009 und 2010, als ca. 1000 an dem „Trauermarsch“ teilgenommen haben.

Da gleichzeitig in Gera von der NPD und anderen neonazistischen Organisationen „Rock für Deutschland“ durchgeführt werden sollte, sind sich die Pläne der Nazis ins Gehege gekommen. Im Vorfeld gab es darüber heftigen Streit in der Neonaziszene.

Aber vor allem der Protest des breiten Bürgerbündnisses Bad Nenndorf und der Unterstützerinnen/Unterstützer zeigt inzwischen Wirkung. In den ersten Jahren des „Trauermarsches“ konnten die Nazis ungestört marschieren, diese Zeiten sind vorbei und der Protest dagegen ist in den letzten Jahren energischer geworden und wird von einer breiten Bewegung getragen.

bee ■

Geithain – ein weiterer Rückzugsort für sächsische Neonazis?

von Peter Conrady und Jens Thöricht

Am 13. August 2011 wollen Neonazis im Geithainer „Bürgerhaus“ ein RechtsRock-Konzert mit Rednern aus dem rechten Lager veranstalten.

Geithain ist eine Kleinstadt im südlichen Teil des Landkreis Leipzig. In den vergangenen Jahren etablierte sich in der 5.800 Seelengemeinde eine aktive rechte Szene, die teilweise durch die Stadtverwaltung zumindest geduldet wurde.

Wie das vonstatten geht, wurde zum Beispiel bei der diesjährigen 825-Jahres-Feier der Stadt deutlich. Im Vorfeld hatte das Festkomitee unter Vorsitz der CDU-Bürgermeisterin entschieden, dem Antrag zur Durchführung eines Informationstandes auf dem Stadtfest stattzugeben. Der Geithainer NPD-Stadtrat Manuel Tripp, zugleich führender Kopf im regionalen „Freien Netz Borna/Geithain“ stand hinter dem Antrag. Dem antifaschistischen Bündnis „Netzwerk Naunhof“ nach, habe es „strenge“ Auflagen gegeben: keine Transparente, keine Spruchbänder, kein Propagandamaterial, keine große und kleine Kommunalpolitik, keine Musik….

Dass die Neonazis sich davon unbeeindruckt zeigten, war abzusehen. Trotz des „Verbotes jeglicher politischer Agitation“ war an dem Stand ein Transparent mit der Aufschrift „Für weitere 825 Jahre Tradition und Identität – Heimattreue Jugend Geithain“ zu finden. [1]

Bei einem derart dumm dreisten Umgang von offizieller Seite mit Neonazis, verwundert es auch nicht, dass im Geithainer Bürgerhaus nun am 13. August 2011 ab 12 Uhr ein sogenannter „Tag der Identität“ stattfinden soll. Hinter dem großspurig gewählten Motto „Arbeit statt Abwanderung – Heimat ist mehr als nur ein Standort! Wir bleiben hier – wir packen an!“ verbirgt sich eine mittlerweile üblich gewordene Mischung aus Auftritten von mehreren neonazistischen Rednern und Rechts-Rock-Bands.

Als Veranstalter tritt der NPD Kreisverband Leipzig in Zusammenarbeit mit dem „Freien Netz Borna/Geithain“ in Erscheinung.

Als Redner sollen Manuel Tripp und Pierre Dornbrach (Junge Nationaldemokraten, JN), Patrick Fischer, Michael Neumann und Maik Scheffler auftreten. Ersterer ist der regionale NPD-Stadtrat und laut der sächsischen LINKEN-Landtagsabgeordneten Kerstin Köditz „der örtliche Führer des ‚Freien Netzes‘, einer Struktur militanter Kameradschaften, die mit den Erscheinungsformen der Autonomen Nationalisten einen knallharten Hitlerismus verfechten.“. [2]

Dornbrach ist JN-Funktionär aus Brandenburg. Und auch Patrick Fischer und Maik Scheffler haben engste Verbindungen ins parteifreie neonazistische Lager.

Der Anfang 20-jährige Fischer stammt aus Leipzig. Hier versuchte er sich mit mäßigem Erfolg zu einem Nachwuchskader der „freien Kräfte“ zu entwickeln. Seit geraumer Zeit lebt er in Chemnitz. Auch von hier aus agiert er eher erfolglos. Zuletzt war er einer der Verantwortlichen für den gescheiterten Demonstrationsversuch von Neonazis in Leipzig am 19. Februar, nachdem diese schon in Dresden am Marschieren gehindert worden waren.

Maik Scheffler kann als Bindeglied zwischen dem Freien Netz und der NPD gesehen werden. Er sitzt ebenfalls für die

Ankündigungsplakat der NPD

NPD im Stadtrat von Delitzsch. Seine Erfahrung sammelte er unter anderem als Redner beim Sommerfest der NPD im Juli 2009 und als Vorsitzender des NPD Kreisverbandes Nordsachsen. Weiterhin fungierte er als Chef des Ordnerdienstes beim verhinderten Aufmarsch der extremen Rechten am 13. Februar 2010 in Dresden. Der NPD-Landesorganisationsleiter ist mittlerweile einer der stellvertretenden Landesvorsitzenden der Partei.

Neben den Rednern sollen Infostände des „Freien Netzes“, der „Jungen Nationaldemokraten“, des „Ring Nationaler Frauen“ und der Kampagne „Free Gender“ das Programm erweitern. Warum sich die Initiative „Free Gender“ eine englische Bezeichnung gab, sich aber als Teil der „nationalen Bewegung“ sieht, die Anglizismen ablehnt, wird sicherlich ihr Geheimnis bleiben. Ebenfalls ist das erst kürzlich auf dem „Deutsche Stimme Pressefest“ mit dem Widerstandspreis ausgezeichnete „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“ welches alljährlich einen abendlichen „Trauermarsch“ am 13. Februar in Dresden veranstaltet, mit einem Infostand vertreten.

Doch die eigentliche Hauptattraktion des Tages sind weder Redner noch Informationsstände: die Besucherzahl hängt vor allem von den auftretenden Bands ab. So sind der Liedermacher Max aus Jena neben den Bands „Priorität 18“, „Burning Hate“, „Terroritorium“ und „Exzess“ angekündigt.

Maximilian Lemke alias Liedermacher Max aus Jena trat schon beim „9. Thüringentag der nationalen Jugend“ im thüringischen Pößneck auf. Das Motto des Treibens lautete: „Die Demokraten bringen uns den Volkstod – Stoppen wir sie!“. Außerdem hatte er im September 2002 ein Gebäude im Stadtteil Jena-Lobeda gepachtet, das als „Braunes Haus“ weit über die thüringischen Landesgrenzen bekannt wurde. [3]

Bei der Dresdner Band „Priorität 18“ heißt es im gleichnamigen Lied: „Wir sind der Heilsgruß fürs Volk, der Rachedurst der Massen. Wir sind nur hier, um den Zeitgeist zu vergiften. Vernichtung, Verderben, Unruhe zu stiften.“ und später im Text: „Priorität 18 – Lasst Eure Fahnen wehn. Priorität 18 – Zu alten Werten stehn.“ 18 steht bekanntlich für den ersten und achten Buchstaben im Alphabet (A und H), welches die Initialen von Adolf Hitler sind. Ein Szenecode. Sänger der Band ist Maik Müller, einer der führenden Szenegrößen in der Region Dresden. Er tritt u.a. als Ansprechpartner für das „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“ und regelmäßiger Demonstrations-Anmelder in Erscheinung.

„Burning Hate“ ist eine bayerische Skinhead-Band aus dem Raum Oberfranken. Die Lieder Nr. 3, 4, 5, 6 und 9 ihrer CD „This ist the end of our Days“ sind nach Bewertung durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) jugendgefährdend.

Ein Auszug aus dem Text von Lied 6 „Hang em high“ (Hängt sie auf):

„Sie haben meine Knochen gebrochen, aber nicht meinen Stolz; Jetzt bin ich soweit, ich werde kämpfen; Für euch wird es bitter werden; Ich werde euch alle auseinander reißen; Wir sind brennender Hass; Halt die Klappe, du dreckiger Bastard; Mach deine Augen auf, kannst du

→

Fortsetzung von Seite 7:
Geithain – weiterer Rückzugsort für sächsische Nenoazis

meinen Hass sehen; Wir sind entfesselter Widerstand; Wir kämpfen für die weiße Nation“

Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien bewertete die CD folgendermaßen: (Auszug aus der BPjM-Entscheidung): „Die Texte der CD reizen zum Rassenhass an und verherrlichen den Nationalsozialismus. Die CD ist durchsetzt von rassistischem und antisemitischem Gedankengut. Die Bundesprüfstelle geht davon aus, dass die Jugendgefährdung wegen der Aufforderung, Nicht-Weiße und Angehörige der jüdischen Religion mittels physischer Gewalt zu bekämpfen und zu töten, erheblich ist. Das Gremium sieht die o.g. Textzeilen als eindeutig gewaltbefürwortend an.“ [4]

In dem Lied „Es ist Zeit“ der Band „Terroritorium“ wird prophezeit, dass es mit dem System zu Ende gehe. „Viel zu lange hat es gedauert, viel zu lange uns selbst bedauert. Das Fass ist voll, es geht nicht mehr, wir stehen auf und setzen uns zur Wehr. / Es brodelt und knallt im ganzen Land, das Schicksal liegt in unserer Hand. Immer mehr fallen in unseren Bann, die Offensive rollt voran! / Es ist Zeit Kameraden, es ist Zeit! Die Stunde naht, macht euch bereit. Für Deutschland, Europa und noch mehr. Also Kameraden, setzt euch zur Wehr.“.

Die Band „Exzess“ aus Strausberg, deren Drummer Patrick Alf sich 2008 bei den Brandenburger Kommunalwahlen für die DVU aufstellen ließ, trat erstmals auf dem Sampler „Gefahr im Verzug des Neonazilabels „Panzerbär Records“ in Erscheinung. Die junge Band covert gern Lieder der Landser-Nachfolgeband „Lunikoff Verschwörung“, so die Antifaschistische Aktion Bernau (bei Berlin).

Mittlerweile wurde den Neonazis seitens der zuständigen Behörden die Nutzung des Bürgerhauses untersagt. Sie stünde im Widerspruch zum Zweck des Bürgerhauses als öffentliche Einrichtung. Zudem gäbe das angekündigte Programm Grund zur Besorgnis. So sei es auf Konzerten einiger der angekündigten Bands zu Übergriffen auf Polizeibeamte gekommen. Eine „Initiative für ein weltoffenes Geithain“ kündigt eine Gegendemonstration an.

Peter Conrady, Jens Thöricht ■

Quellen:

1 HYPERLINK „http://www.netzwerk-naunhof.org/2011/06/geithain-und-seine-nazis-zum-825-jahrigen-stadtfest/“

2 HYPERLINK „http://www.kerstin-koeditz.de/blog/2009/06/nationales-wurzelgeflecht-mit-grosen-lucken/“

3 HYPERLINK „http://www.mobit.org/Artikel/2010/100630_bnr.htm“

4 HYPERLINK „http://www.bayern-gegen-rechts-extremismus.de/wissen/musik/Jugendgefaehrdende-Texte%20-1.pdf

Nach dem Massenmord von Oslo - Rechte Reaktionen (Teil II):

Die Stunde der Verschwörungstheoretiker

In der vorigen Ausgabe der Antifaschistischen Nachrichten Nr. 15-2011 berichteten wir über Reaktionen aus der europäischen extremen Rechten zu dem Massenmord in Oslo. Letzterer forderte nach einer derzeit vorliegenden, vorläufigen Bilanz 77 Tote in Oslo und auf der nahe gelegenen Insel Utoya. Auf den doppelten Mordanschlag vom 22. Juli reagierte die extreme Rechte des Kontinents im Wesentlichen zunächst mit drei Taktiken: jene der Distanzierung, jene der Vertuschung respektive Schuldzuweisung an die politischen Gegner bzw. an die „Verantwortlichen für Masseneinwanderung und Multikulturalismus“, sowie jene der von Drohungen begleiteten Affirmation.

Hinzu kommt aber noch eine vierte Richtung, jene der Verschwörungstheoretiker, die sowieso alles abstreiten, was auch immer von Behörden, Medien, Antifaschisten oder Politik über den Anschlag und seine Hintergründe verbreitet wird – und behaupten, die wirkliche „Wahrheit“ zu ahnen. Um Letztere wird es sich heute an dieser Stelle hauptsächlich drehen.

Die erste Reaktion, die der Distanzierung von dem Massenmord in Oslo, war – und es wäre unter Gesichtspunkten der Realpolitik auch kaum anders möglich gewesen – jene aller größeren rechtsextremen oder einwandererfeindlichen Wahlparteien in Europa. Der Niederländer Geert Wilders etwa sprach von einem „Rückschlag“ für die von ihm so bezeichnete islamkritische Bewegung weltweit. Die FPÖ schloss am Donnerstag, den 28. Juli 11 in Wien eilends einen ihrer Abgeordneten im österreichischen Nationalrat aus, den 58-jährigen Werner Königshofer. Hatte dieser doch den Massenmord in Oslo überdeutlich heruntergespielt, indem er auf die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche infolge der gültigen „Fristenlösung“ hinwies und darauf, dass es doch „tausend mal mehr“ islamistische Gewalttaten gebe.

Beim französischen Front National hatte es die Parteispitze schwerer. Am 24. Juli, zwei Tage nach dem doppelten Anschlag in Norwegen, publizierte sie ein anderthalb Zeilen umfassendes Kommuniqué auf ihrer Webseite, in welchem sie „dem ganzen norwegischen Volk“ ihr „Beileid“ wünschte. Natürlich verurteilte Parteichefin Marine Le Pen – die im Urlaub weilt und relativ spät reagierte – das Attentat und drohte gleich allen, die ihre Partei in die Nähe des Attentats oder seiner Ideen rücken würden, mit Strafanzeigen. Denn die Antirassismusorganisation MRAP hatte zuvor in einer Presseerklärung zu Oslo auf den Bedeutungsgewinn rechtsextremer Parteien in Norwegen und ganz Europa hingewiesen und dabei auch den FN kurz erwähnt, worüber Marine Le Pen sich zornerfüllt zeigte. Doch zu ihrem Pech machten ihr gleich mehrere, auch prominente, Mitglieder des eigenen Ladens einen Strich durch die Rechnung.

Zuerst kam durch die Arbeit von Antirassisten ans Tageslicht, dass Parteimitglieder des FN sich auf Webseiten ganz anders zu den Anschlägen von Oslo positioniert hatten. Auf der rassistischen Seite *La valise ou le cercueil* zeichnete etwa deren Verantwortlicher Jacques Coutela mehrere Artikel, in denen der Mörder von Oslo zunehmend positiv dargestellt wurde. Coutela hatte im März 2011 in Burgund für den FN zu den Bezirksparlamentswahlen kandidiert. Am 23. Juli erschien Breivik auf seiner Webseite zunächst noch als Quasi-Opfer, denn bei „jungen Leute, die alle Qualitäten haben“ – die Rede war von Breivik – müsse ja aufgrund der ganzen „Multikultipolitik“ früher oder später „eine Sicherung durchbrennen“. Am darauf folgenden Tag wurden die Urteile dort noch schärfer, nun hieß es, Breivik sei „ein neuer Karl Martell“ und „der erste Verteidiger des Abendlands“. Ferner konnte man lesen: „Andere werden ihm folgen.“ Nachdem einige Stunden später auch noch der Satz hinzugefügt wurde: „Machen wir ein Idol aus ihm“, antwortete die Antirassismusbewegung MRAP sofort mit einer Strafanzeige. Der Artikel wurde aus dem Netz genommen, und FN-Generalsekretär Steeve Briois kündigte an, Coutelas Mitgliedschaftsrechte seien „eingefroren“, bis die Parteiführung über einen Ausschluss entscheiden werde. Doch der Schaden für die Öffentlichkeitsarbeit der Partei war bereits angerichtet.

Einige Tage später, am darauf folgenden Freitag (29. Juli 11) erfolgte der nächste Schlag ins Kontor. Parteigründer und „Ehrenpräsident“ Jean-Marie Le Pen meldete sich zu Wort und fügte der „Politik der Entdiabolisierung“ von Marine Le Pen einmal mehr erheblichen Schaden zu. Denn der Alt-Neofaschist ist, im Unterschied zu einer Tochter, von dieser Strategie der Erreichung von Salonfähigkeit nicht überzeugt. Rundheraus erklärte Le Pen senior, die Mordanschläge von Oslo – die er übrigens wörtlich als „Unfall eines Individuums“ während eines Anflugs geistiger Umnachtung bezeichnete – seien nicht so schlimm wie die Politik der norwegischen Regierung. Deren „Naivität“ sei „viel gravierender“, seien doch die Polizisten in Norwegen angeblich „unbewaffnet“.

Die Denkschulen der Distanzierung,

der Schuldzuweisung an die andere Seite – besonders an den „Multikulturalismus“ – und die Strategie der Drohung stritten sich also innerhalb derselben Partei munter weiter. In unterschiedlicher Dosierung findet man sie auch im übrigen Europa wieder, auch über die Kreise der extremen Rechten hinaus.

In Rumänien behauptete ein Senator der regierenden Liberal-demokratischen Partei (PLD), Iulian Urban, „nicht Breivik“ sei an dem Massenmord schuld, „sondern die aktuellen Anführer der Europäischen Union“, nämlich aufgrund des „aufgezwungenen Multikulturalismus“. Es blieb eine vierte Art der Reaktion auf die Ereignisse von Oslo, und auch sie ist den Kreisen der extremen Rechten höchst beliebt: Die Verbreitung von Verschwörungstheorien.

Verschwörung: der Freimaurer ...

Im französischen Falle war der Hinweis darauf, dass der Attentäter „in Wirklichkeit Freimaurer“ gewesen sei, als Argument sehr beliebt. Er wurde quer durch alle Strömungen der ideologisch sehr zerklüfteten, rassistischen Rechten durchgereicht und fand sich auf antisemitischen Webseiten ebenso wieder wie bei ultrarechten Freunden des Staates Israel als „Frontstaat des Abendlands gegen den Islam“ – etwa bei der Publikation *DRZZ.info* –, in Beiträgen bei der rechten „Nachrichtenagentur“ NOVOPRESS oder in Parteikreisen. Als Erster brachte es der frühere Vizepräsident des FN, Bruno Gollnisch, der im Januar dieses Jahres als Kandidat für den Parteivorsitz gegen Marine Le Pen unterlag, in die Öffentlichkeit. In einer Pressemitteilung vom 23. Juli schrieb er, Breivik könne, anders als fälschlich behauptet werde, gar kein „christlicher Fundamentalist“ sein. Schließlich sei er doch „Freimaurer“. Tatsächlich zeigt eine der drei Aufnahmen, die Breivik in dem von ihm publizierten zwölfminütigen Video abbilden, den 32-Jährigen in der Kluft einer Freimaurerloge. Sofern es zutrifft, dass Breivik bei einer Loge Mitglied gewesen ist, wofür es Indizien zu geben scheint, dann jedoch aus einem anderen Grund: Den jungen Mann, der von der Gründung einer Sekte von „Tempelrittern“ und Kreuzzüglern schwärmte, begeisterte sich für jede Art von Geheimgesellschaften.

... über Geheimdienste ...

Doch Verschwörungsthesen gibt es nicht nur in Frankreich. Auf einer regionalen Webseite der deutschen NPD (in „Niederschlesien“) schreibt der so genannte Wirtschaftsexperte der Partei, Per Lennart Aae, unter der Überschrift „Die Botschaft eines inszenierten Massenmordes“ unter anderem folgende Zeilen: *„Die ‚Debatte‘ über die menschen- und kulturverachtende Überfremdungs- und Islamisierungspolitik in Europa soll nicht in bezug auf den Gegenstand selbst, also die Gefahr des Verlustes kultureller, nationaler und rassischer Identität, geführt werden, sondern vielmehr auf der Grundlage einer medial orchestrierten, beschwörungsähnlichen kollektiven Verdammung von inszenierten Gewaltverbrechen, in der Regel begangen von phantomartig, wie aus dem Nichts in Erscheinung tretenden, bis dahin anonymen Einzelpersonen ohne jede wirkliche politische Verankerung.“*

Und weiter: *„Dieses Erfolgsrezept kennen wir nur zu gut, nicht zuletzt hier in Deutschland. Ob Bologna-, Oktoberfestattentat u.s.w. – Verbrechen, die niemals aufgeklärt wurden und unverkennbar die Handschrift von Geheimdiensten tragen – oder die vielen milieu-, alkohol- oder*

Foto: Karin Richert

sonstwie umstandsbedingten Schlägereien oder Übergriffe, die von einer rigoros politisch kontrollierten Polizei und Justiz nach Vorschrift routinemäßig auf ihre Tauglichkeit für eine (fast immer falsche) Zuordnung zum ‚Rechtsextremismus‘ überprüft werden, die Hand der ‚intelligence agencies‘ staatlicher oder überstaatlicher Provenienz ist so gut wie immer deutlich erkennbar, wenn man sie nur erkennen will. Während es in Europa, vor allem in Deutschland, dabei in erster Linie um die Unterdrückung und Tabuisierung jeder inhaltlichen Diskussion über den soziokulturellen Substanzverfall im Zusammenhang mit der Überfremdung geht, geht es auf internationaler, strategischer Ebene vor allem um die Stärkung der militärischen Vorherrschaft der zionistisch-/US-amerikanischen Weltmacht.“ Zu Breivik heißt es ferner: *„Wer an diese wundersame Alleintäterschaft und ihre vorgebliche Motivation glaubt, beweist ein sehr hohes Maß an Naivität – oder aber Vertuschungsabsicht. Im Interesse der Wahrheitsfindung wäre es besser, zunächst nach einem bewährten Prinzip der Kriminalistik die grundlegende Frage der Ursachenforschung zu stellen: Qui bono – wem nützt es?“* Nicht einmal richtig schreiben können die Nazis übrigens, denn letzter Ausdruck schreibt sich in Wirklichkeit Cui bono.

Aber auch französische Rechtsextreme können Verschwörungstheorie. So findet sich auf mehreren neofaschistischen Webseiten – unter anderem *Le Gaulois* und einer Seite, die die rechtsextreme Kleinpartei *Ligue du Sud* unterstützt – ein Artikel von Marc Noé. Er trat bis dahin des Öfteren als Stammautor der vorgeblich laizistischen, in Wirklichkeit ausschließlich muslimfeindlichen Internetpublikation Riposte Laïque (ungefähr: „Gegenwehr der Laizisten“) in Erscheinung.

Völlig im Stile der zur Genüge bekannten Verschwörungsthesen zum 11. September 2001, bei denen mit vorgeblich kriminologischer Akribie – doch stets aus weiter Ferne urteilend – lange Listen angeblich „offener Fragen“ und „Widersprüche der offiziellen Version“ aufgetischt werden, argumentiert auch Noé. So listet er auf: *„Offenkundig weist das Attentat von Oslo einige zumindest merkwürdige Punkte auf. Dunkle Stellen. 1. Man sagte uns, es handelte sich“* – bei dem Bombenattentat, das dem Massaker auf der Insel Utoya voraus ging – *„um einen Autobombenanschlag. Aber auf den Fotos und Videos ist kein Krater in der intakten Asphaltdecke zu sehen. (...) 2. Wenn es sich um einen Autobombenanschlag handelt, wie kommt es, dass der Brand auf den Stockwerken des Regierungsgebäudes (Anm.: in Oslo) ausgebrochen ist, und nicht in den Geschäften rund um das ‚berühmte‘, umgeworfene und verkohlte Auto?“* Und so geht es weiter, ganz im Stile von: Es ist gar kein Flugzeug ins World Trade Center geflogen, die Explosion wurde von innen ausgelöst, usw. usf., und wie die allzu bekannten Tiraden auch sonst lauten.

Noé spart auch nicht an offenem Rassismus. So lautet der Punkt acht seiner vorläufig zehn Punkte umfassenden Liste: „Wer sind die Opfer wirklich? Alle befragten Zeugen auf der Insel, deren Aussagen ausgestrahlt wurden, sind nicht gerade nordischen Typus. Hingegen sind es die Personen, die Blumen am Ort der Explosion niederlegten, schon. Also, worum handelt es sich? Von was und von wem ist die Rede?“

Das sind doch gar keine richtigen Opfer!

Ein ähnliches Strickmuster – was sind denn das für Opfer? – zeichnet auch einen Beitrag auf der Webseite *DRZZ.info* aus, die laut eigenen Bekundungen den Themen „Geopolitik, Geostrategie, Nachrichtenbeschaffung “ gewidmet ist. Auf ihr kommen ultrarechte Christen und weit rechts stehende Israelis zusammen: Eigentümer der Webseite ist der israelische Staatsbürger Jean-Patrick Grumberg, welcher auch Mitglied der französisch-israelischen Handelskammer ist

und laut eigenen Angaben erfolgreich als Wirtschaftslobbyist für die gesetzliche Erleichterung der Sonntagsarbeit in Frankreich eintrat. Chefredakteur ist Michel Garroté, laut Eigenbezeichnung „konservativer Katholik“ und Leiter einer ominösen „Christlich-jüdischen Allianz für Israel“. In einem Artikel vom 7. Januar 2011 hatte Garroté seinen politischen Standort selbst „zwischen dem rechten Flügel der UMP und dem Front National“ verortet.

Grumberg unterzeichnete am 25. Juli 11 einen Artikel unter dem Titel „Aber wer sind die Toten von Oslo?“ Auf einem Foto, das den Beitrag illustriert, sieht man nebeneinander eine mutmaßlich arabische Frau mit Kopftuch und eine blonde, wohl norwegische Frau. Beide halten eine rote Rose in ihren Händen. Darunter schreibt der Eigentümer von DRZZ.info: *„Dieses Photo verbreiten unsere Medien nicht. Wer weiß, ob die norwegischen Medien die Information nach Art der ‚Prawda’ oder nach jener von ‚Le Monde’ publizieren? Gut, Sie werden mir sagen, dass dies keinen großen Unterschied ausmacht.“* Damit wird auf die, auf derselben Webseite des Öfteren beklagte, angebliche antirassistische „Indoktrinierung“ angespielt. Der Autor fügt hinzu: *„Zahlreiche dunkle Stelle tauchen auf, je mehr das Internet seine Rolle als Informant wahrnimmt, welche die großen Medien aufgegeben haben.“* Die „lieben Leser“ werden aufgefordert, der Redaktion tunlichst sachdienliche Hinweise zukommen zu lassen. Suggeriert wird an dieser Stelle: Diese angeblichen Opfer können gar keine richtigen Opfer sein, denn die sind ja nicht einmal aufgeklärt wie wir.

Unterdessen hat zwar nicht die offen rassistische Verhöhnung von manchen der Opfer – jedenfalls derer nicht europäischer Herkunft –, wohl aber der verschwörungstheoretische Ansatz auch an den Rändern der im allerweitesten Sinne als „Linke“ zu bezeichnenden Milieus Einzug gefunden. So behauptete die altkommunistisch-stalinistische Webseite *Canempechepasnicolas von Jean Lévy*, zu wissen, dass der israelische Auslandsgeheimdienst Mossad hinter dem Massenmord auf der Insel Utoya stecke. Hätten doch die Teilnehmer am Sommercamp der sozialistischen Parteijugend dort am Vortag der Attacke über Wirtschaftssanktionen gegen Israel – um eine Zwei-Staaten-Lösung im Nahostkonflikt durchzusetzen – diskutiert. Da habe es doch nahe gelegen, dass eine Bestrafung erfolgen müsse.

… zu den üblichen Verdächtig(t)en: Der Mossad war’s, klarer Fall!

In Deutschland verbreitet die in Berlin ansässige *Rote Fahne* von Stephan Steins – die trotz ihres Titels absolut nichts mit der gleichnamigen früheren Zeitung der KPD zu tun hat, sondern eine im Netz erscheinende rot-braune Querfrontpublikation mit geringem Einfluss darstellt – vergleichbaren Verschwörungsquatsch. Dort ist zu erfahren: *„Warum erfahren wir über all dies, über die Aspekte des zionistischen Hintergrunds der Terroranschläge, nichts in den imperialen Mainstreammedien? Nun, die Antwort ist naheliegend.“* Die vom Autor, Chefredakteur Steins, denunzierte und von ihm so genannte „Hollywood-Antifa“ wird scharf angegangen: *„Diese in Teilen der subjektiven Linken nachgeplapperte Mainstream-Argumentation bzw. Desinformation, die Kritik an imperialer Ideologie, Strategie und Politik mit ‚Rassismus‘ gleichsetzt und bei gutgläubigen wie naiven Humanisten mitunter auf fruchtbaren Boden fällt, läuft auf folgende Botschaft an die Bürger hinaus: Wenn ihr auf eurem kulturellen Selbstbestimmungsrecht beharrt und die Massenzuwanderung bzw. die imperiale Einwanderungspolitik kritisiert, erzeugt ihr Terroranschläge wie den in Norwegen.“*

Ohne verbal ganz so extrem zu werden, denkt auch der rot-bräunliche Querfrontjournalist Jürgen Elsässer – wie bei so vielen Ereignissen der jüngeren Vergangenheit – an eine „geheimdienstliche“ Urheberschaft. So suggeriert er folgende Zusammenhänge: „Welche Rolle spielten US-Dienste, die ehemalige norwegische Polizisten und Sicherheitsleute unter Vertrag haben (…)? Ist das ein Nachfolger der Nato-Geheimarmee Gladio?“

Elsässer macht sich auch Sorgen um arme, in naher Zukunft von Verfolgung bedrohte Minderheiten: *„Die Massenmedien werden die Sympathisantenhatz auf Wilders, Strache, Le Pen, aber auch auf die Junge Freiheit und die CSU-Rechte und die Euro-Kläger wie Hankel/Schachtschneider und am Schluss selbst auf diesen Blog (…) eröffnen. Jeder nationale, EU-kritische Gedanke wird künftig unter Terror-Verdacht stehen – das hat der Massenmörder erreicht. Alle Eurokraten und Globalisten werden sich die Hände reiben.“*

Dabei könnte der Mann doch froh sein, denn mit politischen Analysen hat er es ja leicht: Wie bei jedem Terroranschlag muss er nur seine vorgeblichen Analysen über Manipulationen und „Terror unter falscher Flagge“ aus der Schublade ziehen, und die Namen der Orte und jeweiligen Täter oder Opfer kurz austauschen.

Bernhard Schmid, Paris ■

Aktion in Ludwigshafen „Weg mit den Nazistraßen“

Ludwigshafen, 23.7.2011. Rund 50 Teilnehmer, begleitet von einem RNF und SWR-Team, fuhren in einem Bus Ludwigshafen und seine Vororte ab, um in einer symbolischen Aktion Straßen umzubenennen. Nach wie vor werden mit erschreckend vielen Straßen oder Plätzen, selbst in neuen Siedlungen, Nazis, ihre Mithelfer, Militaristen und kolonialen Schlächtern gewürdigt.

Diese Aktion im Rahmen des Kultursommers Rheinland-Pfalz, wurde organisiert vom „Büro für angewandten Realismus“ und sollte den Auftakt bilden, um hier endlich Abhilfe zu schaffen. Bernhard Wadle-Rohe kündigte an, damit solle „das alte morsche braune Gebälk einstürzen – um aus diesen Ruinen neue leuchtende Namen zu schaffen: von Freiheitskämpfern und Reformern sowie Opfern des Faschismus“. (Programmheft) Geplant war, die Straßennamensschilder zu verhüllen. Die Stadt Ludwigshafen verbot die Verhüllung. Dies führe zur Gefährdung von Menschenleben, weil Rettungsdienste und Feuerwehr dann gegebenenfalls die Straßen nicht mehr finden.

Dem Einwand, dass Rettungsdienste in der heutigen Zeit über Navigationsgeräte verfügen, wurde nicht stattgegeben. Die Stadt hatte auch Sorge, dass Besucher und Firmen sich dann nicht mehr zurechtfinden könnten. Auch durchsichtige Säcke als Kompromisslösung lehnte die Stadt ab. Das Büro entschied sich schließlich, die fragwürdigen Straßenschilder mit alten Schuhen zu behängen. Zwei Straßen wurden mit den Namen von Widerstandskämpfer Hans- und Sophie-Scholl direkt durch Überkleben umbenannt. Beide Straßen liegen beim Amtsgericht in Ludwigshafen-Süd, neben dem Untersuchungsgefängnis, in dem sich zur NS-Zeit ein Gestapo-Gefängnis befand. Bereits nach zwei Tagen waren die neuen Schilder wieder entfernt.

Aufgrund des Streits kam es in der Presse zu einer Auseinandersetzung um die Umbenennungsaktion. Stadtarchivleiter Stefan Mörz hielt dies für überzogen. Straßennamen „seien ein Zeugnis ihrer Zeit und regten an, sich mit der Vergangenheit auseinander zu setzen. Er sieht daher keinen Handlungsbedarf.“ (Rheinpfalz).

Dazu muss man wissen, dass das Stadtarchiv auch darin kein Problem sah, in einem Neubaugebiet eine Straße nach Agnes-Miegel zu benennen – neben Ingeborg Bachmann, Ricarda Huch und Käthe Kollwitz. Agnes Miegel schrieb Balla-

den auf unseren „edlen Führer“ und war ein literarisches Aushängeschild des NS-Regimes par excellence. Im Oktober 1933 gehörte sie zu den 88 deutschen Schriftstellern, die das Gelöbnis treuester Gefolgschaft für Adolf Hitler unterzeichneten.

In der Endphase des Zweiten Weltkrieges, wurde sie von Hitler in die Sonderliste der „Gottbegnadetenliste„ mit den sechs wichtigsten deutschen Schriftstellern aufgenommen. Wie konnte dem Stadtarchiv dies entgehen? War es Nachlässigkeit, Dummheit oder was?

Der Bauausschuss schlägt die Namen für neue Straßen vor“ und bedient sich dabei des Stadtarchivs, das bei neuen Namen Vorschläge macht“. (Rheinpfalz Juli 2011). Stefan Gierescher, Ludwigshafener Chefredakteur der „Rheinpfalz“, wies darauf hin, dass in anderen Städten wie Celle und Osnabrück längst Straßen und Schulen, die Agnes Miegels Namen trugen, umbenannt wurden. „Ludwigshafen sollte diesem Beispiel folgen“. Das Büro für angewandten Realismus schlägt als neuen Namen Anne Frank vor.

In Niederfeld, der ehemaligen Adolf- Hitler-Siedlung, wurden von den Nazis Straßen nach Politikern und Militärs aus der Kolonialzeit benannt und bis heute beibehalten. Dazu gehören Gustav Nachtigal, Reichskommissar für Deutsch-Westafrika (allerdings ein eher kritischer Kolonialbeamter und Afrikaforscher), Herrmann von Wissmann, Gouverneur von Deutsch- Ostafrika, Carl Peters oder Adolf Lüderitz. Peters wurde schon seinerzeit wegen seiner blutrünstigen Morde in Afrika seines Amtes enthoben. Die „Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums„ lobte 1938, dass Peters „den Gedankengängen des Dritten Reiches bereits vor fünfzig Jahren“ nahe stand. Seine Zeitgenossen nannten ihn „Hänge-Peters“. Sein zeitweiliger Mitarbeiter Baumann schrieb 1892:

„Übrigens ist Peters halb verrückt. Alles um ihn herum geht krumm vor Hieben. 100 bis 150 sind an der Tagesordnung. Es ist kaum zu glauben, welche Angst die Leute vor Peters und seinen Leuten haben“. (Wikipedia) Das Büro für angewandten Realismus schlägt in dieser Siedlung folgende Namen vor: Straße der Barmherzigkeit, Straße der Nächstenliebe, Straße der Solidarität, Straßen des guten Wollens. Die Liste der umzubenennenden Straßen ist lang:

Im Hemshof gibt es noch immer den Carl-Wurster-Platz, benannt nach dem Wehrwirtschaftsführer und IG-Farbenvorstand und späteren BASF-Vorstand. Er wurde zwar im IG Farben-Prozess freigesprochen, wobei hier offenbar amerikanische Wirtschaftsinteressen eine große Rolle spielten, sowie viele Gefälligkeits-Persilscheine u.a. auch vom bischöflichen Ordinariat in Speyer. Betrachtet man seine Aktivitäten im Osten näher, ist eine Würdigung per Platzbenennung völlig unangebracht.

Ein amerikanischer Ankläger und ein Richter hatten seinerzeit gegen das Urteil protestiert: Überwältigend und unwiderlegbar seien die Beweise für die wesentliche Teilnahme der IG-Farben an der Vorbereitung und Durchführung von Angriffskriegen, dem mörderischen Einsatz von Zwangsarbeitern und der Versklavung der Zivilbevölkerung in den besetzten Ostgebieten. Die IG-Farben-Angeklagten teilten die Verantwortung für verbrecherische medizinische Experimente, um die Wirksamkeit von IG Erzeugnissen zu erproben. Die Verbrechen der IG Farben und damit die Verantwortung ihrer Vorstandsmitglieder waren in späteren Veröffentlichungen und auch Urteilen unumstritten. Der Platz soll in Berta von Suttner Platz unbenannt werden, die Kurt-Faber- in Kurt-Tucholsky-Straße.

Faber war Chemiker und Entwickler des Senfgases. Er hat sich an der Westfront selber von der Wirksamkeit seines Produkts überzeugt. Die Karl-Röder-Straße ist nach einem Heimat- und Mundartdichter benannt, der das hohe Lied auf Hitler sang. Diese Straße soll zur Heinrich-Mann- Straße werden. Die Hindenburgstraße, benannt nach dem Feldmarschall und Reichspräsidenten, der Hitler zum Reichskanzler ernannte, soll zur August-Bebel-Straße werden. Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass direkt nach dem Zweiten Weltkrieg der CDU-Ortsverein Ludwigshafen-Süd unter dem Eindruck der Nazi-Herrschaft bereits anregte, solche Straßennamen auszutauschen.

Unter anderem war in ihrer Vorschlagsliste auch eine Ernst-Thälmann-Straße enthalten. Alle Straßen, die nach der Machtergreifung durch die Nazis in Ludwigshafen stufenweise umbenannt wurden, sollen wieder ihre alten Straßennamen erhalten. Nach der Eingliederung des Saarlandes wurden viele Straßen nach saarländischen Orten benannt. Dies soll rückgängig gemacht werden. Alle Straßen um das Marienkrankenhaus in der Gartenstadt trugen vormals „katholische“ Namen. Nach dem Anschluss Österreichs wurden ihnen Ortsnamen aus dem Anschlussgebiet verhängt.

Das Büro fordert, hier wieder die früheren Namen zu verleihen. Alle Generalsnamen in den Straßen von Ludwigshafen-Süd wie York, Roon, Pranck, Gneisenau sollen verschwinden. Die Kaiser-Wilhelm-Straße soll zur Willy- Brandt-Straße werden. Bernhard Wadle-Rohe erklärte dazu, dass Ludwigshafen als Wiege der rheinlandpfälzischen Sozialdemokratie unmöglich weiterhin eine Straße nach dem Sozialisten verfolgenden Kaiser benennen und statt dessen längst Willy Brandt ehren sollte. Dazu gehöre es auch, die Bismarckstraße in Windhorststraße umzubenennen.

Dieses Ansinnen erscheint einem Kommentator der „Rheinpfalz“ „völlig überzogen, abstrus und führe die Sache ad absurdum. Die Stadt solle wirklich problematische Namen mit einem Zusatz versehen oder streichen. Das Rathaus sollte das ernste Thema nicht der Wadle-Rohe-Truppe überlassen.“ Genau das soll sie ja auch nicht. Es war ja gerade Anliegen der Aktion, dass die Stadt sich endlich dieses Themas annimmt.

Die Aktion wurde argumentativ begleitet von dem Historiker der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Salvadore Oberländer, und unterstützt durch die Bndestagsabgeordnete der LINKEN Kathrin Senger-Schäfer und dem Kulturbüro der Stadt Ludwigshafen. Im Bus wurden die Untaten der fragwürdigen Straßennamenträger erläutert und danach gemeinsam alte Schuhe an etliche Schilder gehängt. Im Anschluss an die Busfahrt forderten die Teilnehmer die Einsetzung einer Historikerkommission. Weitere Aktivitäten sollen folgen, um die Umbenennung durchzusetzen. *frr* ■

Flüchtlingsdrama: Hilfsverweigerung durch die Nato?

Vor der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa hat sich ein weiteres Flüchtlingsdrama ereignet. Die italienische Küstenwache rettete hunderte Menschen von einem fahruntüchtigen Boot. Eine der Überlebenden erklärte später, während der Überfahrt aus Libyen seien rund hundert Flüchtlinge an Hunger und Entkräftung gestorben. Nach Angaben der italienischen Küstenwache trieb das Boot bereits länger als 36 Stunden auf dem Meer, als es entdeckt wurde. Viele der Geretteten seien völlig dehydriert gewesen, hieß es. Drei Flüchtlinge, darunter auch eine Schwangere, seien umgehend mit Hubschraubern in Krankenhäuser gebracht worden. Die italienischen Behörden erheben gegen die Nato den Vorwurf der verweigerten Hilfe: Nach Meldungen der italienischen Nachrichtenagentur ANSA wurde das Schiff von einem Schlepper gesichtet, dessen Kapitän Rettungsinseln ins Wasser geworfen und die italienischen Behören alarmiert hatte. Wegen der großen Entfernung des Bootes zur Küste hätte die Küstenwache zunächst ein Kriegsschiff der Nato um Hilfe gebeten, das wegen des Libyen-Einsatzes in der Nähe lag. Den Hilfseinsatz habe die Nato aber abgelehnt. Selbst das italienische Außenministerium fordert jetzt eine Untersuchung.

„Angesichts des seit Jahren hingekommenen Sterbens von Flüchtlingen im Mittelmeer, bitte ich alle Seeleute um Rettung der in Not geratenen Flüchtlinge." so Stefan Schmidt, ehem. Kapitän der Cap Anamur. Borderline europe und die Humanistische Union Lübeck haben die Bundesregierung aufgefordert, sich für die Untersuchung und rechtliche Verfolgung der mutmaßlichen Hilfsverweigerung der Nato Einsatzkräfte einzusetzen.

Humanistische Union OV Lübeck
Borderline Europe e.V. ■

Abschiebung ausgesetzt

Baden-Württemberg. „Eine Kommission des Petitionsausschusses wird in den Kosovo reisen, um sich über die Lebenssituation von Sinti und Roma vor Ort zu informieren", berichtet Edith Sitzmann, Fraktionsvorsitzende der grünen Landtagsfraktion. Bis zum Abschluss der Reise und deren Bewertung sollen Abschiebungen ausgesetzt werden. Dies habe Innenminister Gall zugesagt, so Sitzmann, die sich seit langem für die Freiburger Roma-Flüchtlinge engagiert. „Die in Freiburg lebenden Roma können vorerst aufatmen." Die Stadt Freiburg ist mit 700 langjährig hier lebenden Roma-Flüchtlingen, von denen 2/3 von Abschiebung bedroht sind, besonders betroffen. „Eine Abschiebung ins Elend können und wollen wir nicht verantworten. Wir tragen die Verantwortung für die hier lebenden Flüchtlinge und können diese Menschen nicht ins Ungewisse abschieben. Das oft außer Acht gelassene Kriterium, wie es den Menschen nach ihrer Abschiebung ergeht, wird mit dieser Reise wieder in den Fokus der Debatte gerückt. Es ist gut, dass sich die Delegation des Petitionsausschusses vor Ort selbst ein Bild der Lage machen wird", so die grüne Abgeordnete. Ausgenommen von der Aussetzung der Abschiebung seien lediglich Straftäter. Zudem haben Abgeordnete der Grünen und der SPD einen Antrag in den Landtag eingebracht mit dem Ziel, ein umfassendes Bild der derzeitigen Situation zu erhalten. Ein bundesweit einheitliches Bleiberechtsverfahren solle auf den Weg gebracht werden. In der Vergangenheit wurden Anträge der grünen Landtagsfraktion, in denen die kritische Überprüfung der Abschiebung von Sinti und Roma gefordert wurde, von der schwarz-gelben Vorgängerregierung immer abgelehnt.

PM Edith Sitzmann, Bündnis 90/ Die Grünen im Landtag BW, 27.7.2011 ■

Deutsche Visapraxis bleibt sozial selektiv

Berlin. „An der willkürlichen Visumspraxis hat sich nichts Wesentliches geändert. Lediglich für die von der deutschen Wirtschaft als nützlich und erwünscht betrachteten ausländischen Fachkräfte sollen die Tore der Festung Deutschland bei den Visaerteilungen einen Spalt breit geöffnet werden. Im Gegensatz zur Türkei soll Russland davon profitieren. Das Festhalten an der Visapflicht für türkische Staatsangehörige ist europarechtswidrig und damit Unrecht. Die Bundesregierung muss dieses Unrecht beenden und nicht weiter aus rechtspopulistischen Gründen fortsetzen", so Sevim Dagdelen anlässlich der Antwort der Bundesregierung auf ihre Kleine Anfrage (Bundestagsdrucksache 17/6225). Die migrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Visumablehnungen kommen insbesondere in Bezug auf Bürgerinnen und Bürgern aus afrikanischen Staaten sehr viel häufiger vor. Die Ablehnungsquoten betrugen 2010 beispielhaft: Guinea 50 %, Kongo 44 %, Senegal 43 %, Ghana %, Kamerun 35 %, Nigeria 36 %. Bemerkenswert ist auch die doppelt so hohe Ablehnungsquote in der Türkei (15 %); das entspricht 22.634 Visumablehnungen im Jahr 2010. Hier ist die hohe Ablehnungsquote schon allein deshalb fragwürdig, weil nicht nur in der juristischen Fachliteratur mehrheitlich davon ausgegangen wird, dass infolge der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs türkische Staatsangehörige jedenfalls zu touristischen Zwecken wegen der EU-Assoziierungsabkommen gar kein Visum benötigen und visumfrei einreisen können müssten. Auch der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages vertritt die Rechtsauffassung, dass die seit 1980 geltende Visumpflicht für türkische Staatsangehörige etwa für touristische Besuche gegen verbindliches EU-Recht verstößt. In der Visapraxis fordert DIE LINKE eine grundlegende Korrektur der restriktiven Politik einer sozialen Selektion und Ausgrenzung."

Presseerklärung Sevim Dagdelen
DIE LINKE im Bundestag 20.7.2011 ■

Bundesregierung spielt beim AsylbLG auf Zeit!

Wovon gerüchteweise schon zu hören war, bestätigt sich nun: Die Bundesregierung denkt gar nicht daran, die eingestandenermaßen verfassungswidrigen Regelleistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes zeitnah anzuheben, um den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts im Urteil vom Februar 2010 zum Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums zu entsprechen.

Dies ergibt sich aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage von Ulla Jelpke, die bereits öffentlich erklärt hatte, jeden Monat nach dem Fortgang der Novellierung des AsylbLG nachzufragen. Dass nun erst einmal die Bundesländer angeschrieben werden, um mit ihnen gemeinsam „Eckpunkte" zu erarbeiten, aufgrund derer dann ein Gesetzentwurf zur Änderung des AsylbLG erstellt werden soll, kann nur so gedeutet werden, dass die Sache bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts verschleppt werden soll. Das ist ein zynisches Spiel auf dem Rücken der Betroffenen, denen jeden Tag zu wenig für ein menschenwürdiges Leben in Deutschland bleibt.

Die Fragestellerin und innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Ulla Jelpke, kommentiert entsprechend: „Angeblich überprüft die Bundesregierung bereits seit Jahresbeginn, wie hoch künftig die Grundleistungen für Asylsuchende und andere Menschen mit noch ungesichertem Aufenthaltsstatus nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) ausfallen sollen. Seit Monaten antwortet die Regierung auf entsprechende parlamentarische Nachfragen, dass diese Prüfung noch andauere. Nun antwortet mir die Bundesregierung, dass Gespräche mit den Bundesländern eingeleitet worden seien, um im Anschluss daran einen Gesetzentwurf zu erarbeiten. Dieses überaus gemächliche Verfahren ist unerträglich und eine fortgesetzte Verletzung der Menschenwürde der Betroffenen! Es ist mir unerklärlich, welchen Beitrag die Bundesländer zur konkreten Bedarfsermittlung entsprechend der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts leisten können oder sollen. ... Seit dem Urteil des Bundesver-

fassungsgerichts zum Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum im Februar 2010 steht fest, dass das AsylbLG verfassungswidrig ist. Sie hätten vor diesem Hintergrund eigentlich bereits mit der Änderung der Regelsätze nach dem SGB II bzw. XII Anfang des Jahres angehoben werden müssen. DIE LINKE forderte im Parlament entsprechend eine grundsätzliche Gleichbehandlung bei der Existenzsicherung aller in Deutschland lebenden Menschen. Dass die Bundesregierung trotz des eingeräumten Verfassungsbruchs nicht unmittelbar tätig wird und auf Zeit spielt, ist inakzeptabel."

Quelle: Die LINKE im Bundestag – FR Niedersachsen ■

Tatort Kurdistan – Protest gegen Rüstungsexport ist nicht extremistisch!

BERLIN. „Wer sich gegen Rüstungsexporte in die Türkei engagiert, ist in den Augen der Bundesregierung offenbar schon ein Handlanger angeblicher kurdischer Terroristen", so die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Bewertung der Kampagne ‚Tatort Kurdistan' durch das Bundesamt für Verfassungsschutz" (Drucksache 17/6603) Mit der seit Mai 2010 laufenden Kampagne ‚Tatort Kurdistan' weisen Flüchtlings- und Friedensinitiativen, Landesverbände der Linkspartei, die Linksjugend [`solid], antimilitaristische und kurdische Vereinigungen auf die Mitverantwortung deutscher Unternehmen und der Bundesregierung bei der Unterdrückung der Kurden hin. Jelpke weiter: „Das unbewiesene Mantra der Bundesregierung lautet: ‚Die Kampagne ist Bestandteil der PKK-Agitation in Deutschland'. Und die PKK wiederum sei eine ausländische terroristische Vereinigung, deren Bestrebungen ‚auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden'. Meint die Bundesregierung mit diesen Belangen vielleicht die Profite der deutschen Rüstungsindustrie? Ich sehe hier gefährliche Parallelen zur Entwicklung in der Türkei. Dort werden kurdische Bürgermeister aufgrund ihres Engagements für eine Friedenslösung inhaftiert, weil sie angeblich auf Weisung der PKK handeln. Und in Deutschland stellt der Verfassungsschutz mit seiner unbewiesenen Behauptung einer PKK-Steuerung bereits das Engagement gegen Rüstungsexporte unter Extremismusverdacht. Nicht die Kampagne ‚Tatort Kurdistan' oder die kurdische Freiheitsbewegung, sondern die deutschen Waffenlieferungen, die auch gegen die kurdische Zivilbevölkerung zum Einsatz kommen, richten sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung."

Die Anfrage und Antwort können hier nachgelesen werden: www.ulla-jelpke.de

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Abschiebekrimi am Flughafen München:

Aktivisten verhindern Überstellung nach Malta

AktivistInnen der Karawane München, des Bayerischen Flüchtlingsrates, der antifa.nt und vom Aktionsbündnis gegen Abschiebungen Rhein-Main haben in letzter Sekunde die Abschiebung des somalischen Flüchtlings Abdilahi Mohamed nach Malta verhindert.

Auf Malta hatte er sich nach einer traumatisierenden Überfahrt, bei der ein guter Freund von ihm ertrank, ein Jahr lang unter katastrophalen Bedingungen in Haft befunden, bevor er nach Deutschland weiterfloh.

Sowohl am Flughafen München als auch bei der Niederlassung von Air Malta in Frankfurt fanden zeitgleich Protestaktionen statt. Air Malta signalisierte der Bundespolizei, dass sie Abdilahi Mohamed aus Gründen der Flugsicherheit nicht mitnehmen werden. Doch die Bundespolizei gab nicht auf: Per Lautsprecherdurchsage wurde Passagieren 250 Euro für Flugumbuchungen geboten, um weitere Sitze für die Bundespolizei buchen und damit die Sicherbedenken der Airline ausräumen zu können.

Nachdem Passagiere gegen die Abschiebung in ihrem Ferienflieger protestierten, entschied am Ende der Pilot: Abdilahi Mohamed wird doch nicht mitgenommen.

10:00 Uhr – Vor der Air Malta Niederlassung in Frankfurt startet eine Protestkundgebung, AktivistInnen betreten das Gebäude um über die Abschiebung zu verhandeln. Die Gespräche ziehen sich bis 12:40 Uhr.

11:15 Uhr – Am Flughafen München im Check-In Bereich des Terminal 2 startet eine Protestaktion. Flugblätter werden verteilt, Parolen gegen Abschiebungen gerufen und Transparente, u.a. mit der Aufschrift „Unsere Münchner Freiheit: Nonstop zu Abschiebeflügen weltweit" entrollt

11:50 Uhr – Durchsage am Flughafen München: „Aufgrund der aktuellen Buchungslage" wird Passagieren 250 Euro geboten, die ihren Platz in dem Flieger der Bundespolizei zur Verfügung stellen und einen Umweg fliegen.

12:18 Uhr – Passagiere protestieren gegen die Abschiebung in ihrem Ferienflieger und fordern ein Gespräch mit dem Piloten der Air Malta Maschine.

12:40 Uhr – Die Maschine startet mit Flugziel Malta.

12:42 Uhr – Wir erhalten einen Anruf von Air Malta: Das Ticket für Abdilahi Mohamed wurde storniert. Auch die Bundespolizei bestätigt dies kurze Zeit später.

13:01 Uhr – Ein Aktivist bekommt ein Hausverbot und wird von der Flughafenpolizei zum S-Bahnhof eskortiert.

13:29 Uhr – Der Kirchliche Dienst am Münchner Flughafen holt Abdilahi Mohamed von der Bundespolizei ab und übergibt ihn an den Bayerischen Flüchtlingsrat.

Marc Speer vom Bayerischen Flüchtlingsrat sagt dazu: „Wir haben heute einen Krimi erlebt. Bis zur letzten Sekunde war nicht klar, ob Abdilahi Mohamed abgeschoben wird. Jetzt sind wir einfach nur erleichtert, dass wir die Abschiebung stoppen konnten." Am Samstag findet am Flughafen München eine Demonstration gegen die dort stattfindenden Abschiebungen statt zu der verschieden Initiativen und Organisationen aufrufen.

www.bfr.de ■

Studie über Diversity in den Stadtparlamenten:

Migranten in der Kommunalpolitik unterrepräsentiert

Jeder fünfte Einwohner Deutschlands hat einen Migrationshintergrund. Besonders in den Großstädten wird die Vielfalt der Gesellschaft immer sichtbarer: In manchen Orten ist jeder dritte Einwohner Migrant. In Köln z.B. beträgt der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund ca. 30 Prozent. Spiegelt sich diese Vielfalt auch in den Stadträten wider?

Dieser Frage ist nun eine Studie des Max-Planck-Instituts nachgegangen und hat die Daten sämtlicher Ratsmitglieder und -kandidat (innen) in deutschen Städten mit mindestens 100.000 Einwohnern ausgewertet. Das Ergebnis der untersuchten 77 Großstädte und Stadträte fällt leider gar nicht positiv aus: Nur vier Prozent der 4.670 Ratsmitglieder weisen einen Migrationshintergrund auf. Das heißt, dass die kulturelle Vielfalt in der Kommunalpolitik genau so wenig reflektiert wird wie in anderen gesellschaftlichen Lebensbereichen. Frankfurt am Main ist mit 15 Personen absoluter Spitzenreiter, gefolgt von Offenbach, Duisburg und Stuttgart. In 20 Städten sind vier und mehr Migranten in der Kommunalpolitik aktiv. In dieser Rubrik kann man auch die Stadt Köln verorten.

In zahlreichen Städten findet sich kein einziges Ratsmitglied mit Migrationshintergrund! Dabei sei noch einmal festgehalten, dass keine Stadt einen gemessen an der Bevölkerungsstruktur tatsächlich repräsentativen Anteil vorweisen kann.

Nicht nur die Städte unterscheiden sich stark, auch die Parteien sind unterschiedlich offen bzw. attraktiv für Migrat(innen). Der Anteil von Einwanderern ist in der LINKEN am höchsten: Hier engagieren sich acht Prozent Migrant(innen). Die Grünen erreichen eine Quote von sieben, die SPD von fünf und CDU/CSU sowie die FDP bilden mit jeweils zwei Prozent das Schlusslicht. Von gelungener Integration bislang also keine Spur, müsste die proportional ausgeglichene Repräsentation von Migranten in den Stadträten doch eigentlich ganz selbstverständlich sein.

Auch auf Bundesebene sieht es nicht besser aus, dort haben nur 20 der 620 Abgeordneten einen Migrationshintergrund. In Berlin beträgt der Migrantenanteil im Abgeordnetenhaus immerhin schon zehn Prozent.

Es gibt aber auch ein paar positive Ergebnisse, die man der Studie abgewinnen kann. Die Herkunft des Großteils der migrantischen Ratsmitglieder (40 Prozent) ist türkisch. Damit ist das Vorurteil widerlegt, türkischstämmige Bürger(innen) seien besonders integrationsunwillig. Auch das Vorurteil, dass Frauen mit Migrationshintergrund besonders schlecht integriert sind, bestätigt sich keineswegs. Im Gegenteil: Misst man den Frauenanteil der migrantischen Ratsmitglieder am Frauenanteil insgesamt, so ergibt sich ein Verhältnis von 40 zu 33 Prozent.

Auch viele EU-Bürger ohne deutsche Staatsbürgerschaft engagieren sich in den Räten, da sie das passive und aktive kommunale Wahlrecht genießen. Dies trifft auf 17 Personen zu. Wichtig wäre eine Erweiterung des kommunalen Wahlrechts auch auf Nicht-EU-Bürger, denn auch diese leben und arbeiten seit vielen Jahren in den deutschen Großstädten.

Viele der befragten migrantischen Ratsmitglieder gaben an, dass sie in ihrer Tätigkeit aufgrund ihrer Herkunft auch negative Erfahrungen machen. Ihre Kompetenz wird infrage gestellt oder sie müssen sich gegen rassistische Anfeindungen wehren. Oft werden sie auf das Politikfeld Migration/Integration beschränkt. Es ist außerdem für sie besonders schwer, einen der begehrten oberen Listenplätze in ihrer Partei zu bekommen.

Marie Kusters ■

75 Jahre spanischer Bürgerkrieg:

Die Rolle der IG FARBEN

Am 17. Juli 1936 erhoben sich die Truppen Francisco Francos gegen die demokratisch legitimierte Regierung von Spanien. Die faschistischen Staaten Italien und Deutschland sowie zahlreiche Konzerne unterstützten die Putschisten. Zum 75. Jahrestag des Kriegsbeginns veröffentlichte die Coordination gegen BAYER-Gefahren einen ausführlichen Artikel zur Zusammenarbeit der IG Farben mit dem Franco-Regime, der zum Download auf der Webseite der Coordination steht. (www.cbgnetwork.org)

Die IG Farben, die 1925 aus einem Zusammenschluss von BASF, BAYER, HOECHST und AGFA hervorging, war seinerzeit der größte Konzern Europas. Die IG besaß in Spanien 14 Niederlassungen und war dort das größte ausländische Unternehmen. Jan Pehrke vom Vorstand der CBG: „Die IG Farben stand von Beginn an auf Seiten der Putschisten und leistete ihnen auf jede erdenkliche Art und Weise Beistand. Mehrmals wurden hohe Geldsummen an Franco gespendet. Die IG Farben unterstützte die Legion Vidal, die Sanitätstruppe der Putschisten. Und an die Kampftruppen lieferte die IG alles, was für die Kriegsführung benötigt wurde – Zellwolle für die Uniformen, Quecksilber, Chemikalien für den Bau von Bomben und Experten für chemische Kampfstoffe.“ Stolz hieß es in einem Memorandum der IG Farben: „Während der ganzen Dauer des spanischen Bürgerkriegs hat Deutschland und innerhalb Deutschlands 100-prozentig die AGFA es fertig gebracht, Spanien, d. h. die spanische Wehrmacht mit den unbedingt erforderlichen Mengen (...) zu versorgen“. In internen Schreiben rühmten IG-Manager den „vorbildlichen Kampfesmut“ der Franco-Truppen. Bei den Luftangriffen der „Legion Condor“ auf Guernica und andere baskische Städte kam die von der IG Farben produzierte Brandbombe B1E zum Einsatz. Diese entwickelte eine Hitze von bis zu 2.400 Grad und entfachte eine Feuersbrunst, der mit Löschwasser nicht beizukommen war. Die genaue Zerstörungsleistung – in Guernica starben fast 1.700 Menschen – untersuchten Experten minutiös. Hitler persönlich brüstete sich später, dass es ohne die Hilfe aus Deutschland und Italien „heute keinen Franco“ gäbe.

Eine wichtige Rolle spielte die IG Farben auch beim 1936 veröffentlichten Vierjahresplan, mit dem die Umstellung zu einer Kriegs-Ökonomie organisiert wurde. Der Konzern konzipierte wichtige Teile des Programms, weshalb das Unterfangen auch bald „IG-Farben-Plan“ hieß. Auch über die Umsetzung wachten zahlreiche Beschäftige des Konzerns, die in die neue Vierjahresplan-Behörde abgestellt wurden. Spanien kam in der Kriegsplanung wegen seiner Bodenschätze eine wichtige Rolle zu. Der IG-Direktor Heinrich Gattineau war direkt zu Kriegsbeginn nach Spanien gereist, um die Versorgung mit Rohstoffen sicherzustellen. Gattineau warnte vor der sehr gefährlichen Situation, nicht mehr genügend Schwefelkies für die Schwefelsäure-Produktion einführen zu können; über die Hälfte des Bedarfs deckte das Deutsche Reich damals aus spanischen Quellen. Doch bereits im Oktober 1936 leisteten die deutschen Stellen Vorauszahlungen „von ca. RM 200.000, à Conto der bereits unterwegs befindlichen und weiter noch zu verschiffenden Mengen Schwefelkies“. Ein Großteil davon ging an die IG FARBEN; über die Jahre lag ihr Anteil am Gesamt-Import bei 80 Prozent.

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren beschäftigt sich seit 30 Jahren mit der Geschichte der chemischen Industrie im Dritten Reich. In den 90er Jahren kämpfte die Coordination gemeinsam mit überlebenden Sklavenarbeitern für Entschädigungszahlungen der IG-Nachfolger BASF, BAYER und HOECHST.

Coordination gegen BAYER-Gefahren ■

So viele wie möglich

Die Solinger Autorin Sandy Green hat ein neues Buch veröffentlicht. „So viele wie möglich“ ist eine Erzählung, die nach einer wahren Begebenheit entstand. Hier steht eine jener Unbekannten im Mittelpunkt, die nicht wegsehen konnten angesichts des Elends, das die Nationalsozialisten gerade auch in den jüdischen Ghettos verbreiteten. Die Rote-Kreuz-Schwester Maria geht ins Krakauer Ghetto, um mit den wenigen Mitteln, die sie hat, den Menschen zu helfen. Besonders das Leid der kleinen Kinder lässt sie nach einem Weg suchen, sie aus dem Ghetto zu schmuggeln. Sie beginnt, die Kinder unter ihren Röcken versteckt an den Wachen vorbeizubringen und ihnen so das Leben zu retten.

Sandy Green erweckt in ihrer Erzählung eine mutige junge Frau zum Leben, die unerkannt wirkte. Die Autorin schildert Marias Ängste und Zweifel, aber auch die große Menschenliebe, die sie antreibt, den verlorenen Kindern zu helfen, mit viel Sensibilität und macht sie so unmittelbar erfahrbar.

„So viele wie möglich“ möchte eine dieser unbekannten Heldinnen dem Vergessen entreißen. Ihr Wirken ist noch heute ein wunderbares Beispiel für Menschenliebe, Gerechtigkeitssinn und Zivilcourage.

Sandy Green, 1969 in Mannheim geboren, lebt als Autorin und Journalistin in Solingen. Zahlreiche ihrer Texte wurden mit Literaturpreisen ausgezeichnet. Sandy Green wurde für ihr soziales Engagement als „Solingerin des Jahres 2011“ geehrt. *mib* ■

„So viele wie möglich“ ist im custos verlag (ISBN 978-3-943195-00-2) erschienen und kostet 8,90 Euro; ein Euro pro verkauftem Buch geht an das Bergische Kinderhospiz in Wuppertal. Weitere Informationen im Internet unter www.sandy-green.de

Broschüre: „Rechtspopulismus in Berlin

Das Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“ Berlin hat im Juli 2011 eine Broschüre „Rechtspopulismus in Berlin – Rassismus als Bindeglied zwischen der ‚Mitte‘ der Gesellschaft und Neonazismus?“ herausgegeben.

In der Einleitung schreibt das Bündnis: „Haben Sie schon einmal etwas über Rechtspopulismus gehört oder gelesen und fragen sich immer noch, was überhaupt dahinter steckt? Sicher schon. Und vermutlich im Zusammenhang mit Vereinen, Organisationen und Parteien, die mit dem Label »rechtspopulistisch« belegt werden.

Gerade in Berlin treten mit »Pro Deutschland« und »Die Freiheit« zu den Wahlen im September Parteien an, die als rechtspopulistisch eingestuft werden. Doch welches Phänomen soll dieser Begriff umschreiben. Welche Politik-, Interaktions- und Kommunikationsform sowie politische Ideologie bzw. Programmatik ist kennzeichnend für so definierte Gruppierungen? Welche Überschneidungen und/oder Abgrenzungen bestehen zum Rassismus; schließlich tauchen beide immer wieder als Begriffspaar auf? Was hat es mit dem Bündnis »Rechtspopulismus stoppen« auf sich, was will es und gegen bzw. für wen oder was engagiert es sich seit Mai 2010 mit vielfältigen Aktivitäten?

Wir, das Bündnis »Rechtspopulismus stoppen«, gehen als »breiter Zusammenschluss aus antifaschistischen und antirassistischen Initiativen, translesbischwulen Gruppen, Migrant_innen-selbstorganisationen, zivilgesellschaftlich und politisches Gruppen, Parteien, Gewerkschaften und Einzelpersonen« genau diesen Fragen nach. Die über einjährige Beschäftigung damit sowie die Rechtsverschiebung in öffentlichen Debatten zu diesem Themenkomplex sind Anlass gewesen, diese erste Broschüre herauszugeben. Sie enthält sehr unterschiedlich ausgerichtete Beiträge, um Diskussionsangebote zu machen. So verschieden die politische und inhaltliche Motivation der am Bündnis beteiligten Gruppen und Einzelpersonen ist, sich gegen rechtspopulistische Aktivitäten zu engagieren, so verschieden sind auch die Lösungsansätze. Mit der Broschüre geht es uns nicht darum, allumfassend die Komplexität der Phänomene Rechtspopulismus, Rassismus und Sozialchauvinismus sowie deren Kausalitäten sowohl untereinander wie auch mit anderen Themen abzubilden. Uns geht es vielmehr in einem ersten Schritt um die Einigung über weltanschauliche, parteipolitische und religiöse Grenzen hinweg auf einen grunddemokratischen Nenner: den zunehmenden Rechtsruck in der Gesellschaft, sei es in den Medien, in der Politik allgemein und in den etablierten Parteien im Besonderen zu thematisieren und Rassismus wie auch Sozialchauvinismus überall dort entgegenzutreten, wo er auftritt. Wir setzen uns dabei kreativ sowohl inhaltlich wie aktionsorientiert mit den aktuellen Entwicklungen, den Strukturen und ihren Akteur_innen auseinander.

Für eine angemessene Behandlung der mit dem Thema verbundenen Fragen haben wir versucht, Autor_innenzu gewinnen, die sich über unterschiedliche Zugänge seit Jahren damit beschäftigen, wie und warum sich nazistische Kernideologeme wie Rassismus und Sozialchauvinismus nicht nur mitten in der Gesellschaft, sondern auch immer wieder und beständig aus ihr heraus produzieren.

Download und mehr Infos: http://rechtspopulismusstoppen.blogsport.de

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Nationaler Neutralismus als Mittel auf dem Weg zur europäischen Mittelmacht

„50 Jahre nach dem Mauerbau – Lügen über die Einheit“ lautet das Thema der aktuellen Ausgabe von ZUERST!, die, anders als im vergangenen ersten Jahrgang als Doppelheft für zwei Monate erscheint (möglicherweise ist die Doppelnummer eine Sparmaßnahme angesichts der immer noch äußerst seltenen Fremdanzeigen in der Zeitschrift). Allerdings ist der genannte Jahrestag lediglich der Aufhänger für eine tiefergehende Debatte – die Frage nach der Rolle einer deutschen Politik unabhängig von der (und möglicherweise gegen die) USA.

Ausgegangen wird von BERNHARD RADTKE, FALK TIEDEMANN und ROBERT DIEHL dabei von der Tatsache, dass die Bundesregierung vor 1989 keine nach außen sichtbare, aktive Politik gegen die DDR machte. „Während eine Reihe der damals aktiven Politiker also im nachhinein fälschlich behauptet, schon immer Vorkämpfer der deutschen Einheit gewesen zu sein, gab es in beiden deutschen Teilstaaten eine Reihe von Wissenschaftlern und Publizisten, die tatsächlich unbeirrbar am Ziel der geeinten Nation festhielten und eine aktive Wiedervereinigungspolitik einforderten … brachte der Publizist und Fernseh-Journalist Wolfgang Venohr den aufsehenerregenden Sammelband *Die deutsche Einheit kommt bestimmt* heraus … Herausgeber Wolfgang Venohr verwies im Vorwort des Buches auf die besondere aktuelle Brisanz der deutschen Frage: ‚Die deutsche Einheit kommt bestimmt. Das ist jetzt klargeworden. Entweder kommt sie auf dem Weg einer militärischen Katastrophe. Dann findet die Wiedervereinigung aller Deutschen im Massengrab statt. Oder sie kommt in Form einer politischen Lösung. Dann wird sich erweisen, daß die deutsche Einheit die einzig wirksame Garantie für den europäischen Frieden ist.‘“ Im Wort von der „Wiedervereinigung aller Deutschen im Massengrab“, das vor dem Hintergrund der zu Beginn der achtziger Jahre geführten leidenschaftlichen Debatte über den NATO-Beschluss zur Stationierung US-amerikanischer nuklearer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zu sehen ist, kommt die Distanz zu den USA bereits zum Ausdruck.

Aber es bleibt nicht bei dieser Andeutung: „Mit der Unterzeichnung des 2+4-Vertrages verzichteten die deutschen Regierungen jedoch nicht nur darauf, den deutschen Staat in seinen völkerrechtlich gültigen Grenzen wiederherzustellen. Fast noch schwerer wiegt der Verzicht auf eine Souveränität, die diesen Namen auch verdient. Im Jahre 1990 hätte die einmalige Gelegenheit bestanden, die historische Rolle Deutschlands als einer europäischen Mittelmacht wiederzugewinnen: neutral, blockfrei und womöglich als Kern eines europäischen Bündnisses, das sich für einen eigenständigen Weg ohne Einfluss der Supermächte entscheidet“.

Diese Souveränität wird vor allem militärisch definiert: „Abgesehen davon, dass schon durch den 2+4-Vertrag selbst einige bedeutende Einschränkungen dieser Souveränität vorgenommen wurden, so der Verzicht auf die deutschen Ostgebiete, das Verbot der Herstellung und des Besitzes von ABC-Waffen sowie die Festlegung einer Truppenstärke von maximal 370.000 Soldaten“. Deutschland als militärisch hochgerüsteter „Kern eines europäischen Bündnisses“ – da ahnt man, wo die Reise in Wirklichkeit hingehen soll.

Bei diesem Ziel einer aufgerüsteten Großmacht Deutschland, deren Politik mit großer Wahrscheinlichkeit gegen die USA gerichtet sein soll, nimmt ZUERST! auch gerne die Hilfe des Erzfeindes Russland (Hauptsache, es ist kein sozialistischer Staat mehr) in Anspruch und interviewt ausführlich Dr. WJATSCHESLAW DASCHITSCHEW, einen langjährigen sowjetischen Deutschland-Experten und jetzigen Liebling aller deutschen Rechten. Auch ihm geht es um die deutsche Souveränität und er antwortet auf die Frage „Ist die heutige Bundesrepublik Deutschland überhaupt ‚souverän‘?: „Leider nicht. Selbst der Altkanzler Gerhard Schröder hat geschrieben, daß Deutschland nur über ‚eine relative Souveränität‘ verfüge. Helmut Schmidt hat das in seinem Buch *Mächte der Zukunft* viel deutlicher definiert: ‚Es gibt für die Mehrheit der kontinental-europäischen Nationen in absehbarer Zukunft weder einen strategischen, noch einen moralischen Grund, sich einem denkbar gewordenen amerikanischen Imperialismus willig unterzuordnen. Wir dürfen nicht zu willfährigen Ja-Sagen degenerieren. Auch wenn die USA in den nächsten Jahrzehnten weitaus handlungsfähiger sein werden als die Europäische Union, auch wenn die Hegemonie Amerikas für längere Zeit Bestand haben wird, müssen die europäischen Nationen gleichwohl ihre Würde bewahren. Die Würde beruht auf dem Festhalten an unserer Verantwortung vor dem eigenen Gewissen‘“.

Deutlicher wird Dr. Daschitschew wenn er in eigenen Worten spricht statt einen sozialdemokratischen Altkanzler zu zitieren: „Ein ausgeprägtes Nationalbewusstsein der deutschen Nation, das ihrer Staatlichkeit und ihrer Souveränität zugrunde liegt, läuft den Interessen der Herrschaftspolitik der US-amerikanischen Elite zuwider. Deswegen strebt sie danach, das Nationalbewusstsein der Völker durch politische und propagandistische Maßnahmen möglichst zu schwächen. Zum Hauptobjekt ihrer Politik in dieser Hinsicht wurde nicht nur das deutsche sondern auch das russische Volk, um diese Völker ‚unten zu halten‘.“

Immer wieder fällt in ZUERST! die Mischung zwischen dumpfer Spießbürgerlichkeit und offener NS-Apologie auf, die sich im vorliegenden Doppelheft besonders deutlich in den Beiträgen von VOLKER HARTMANN manifestiert. Reaktionär spießig, die übelsten und dümmsten Instinkte der Leser(innen) ansprechend kommt der Artikel „Mit Latte und Laptop – Die Grünbürger kommen: Wie eine neue Elite – ganz sanft – die Innenstädte erobert“. Alle Vorurteile pflegend heißt es dort: „Die Wählerschaft (der Grünen - tri) rekrutiert sich nicht mehr nur aus Homosexuellen, Sozialpädagogen oder Altkommunisten … heute darf sich auch ein Biobürger ein Sahneeis von Ben & Jerry für vier Euro leisten, denn schließlich sind die beiden schwulen Eiskonditoren, das Musterbeispiel für Randgruppen, die es in den Mainstream geschafft haben … Subkultur aus Künstlern, Dauerstudenten, Ausländern und Autonomen…“. Offen an die Nazisprache knüpft Hartmann dagegen im Beitrag „Werte durch die Hintertür“ an, in dem, anknüpfend an die NS-Bezeichnung „Halbjude“ von „Halbserbin“ und „anderthalb deutschen Jugendlichen“ die Rede ist, das Wort „arbeitsscheue Elemente“ benutzt wird und der fehlende „Wille zum Sieg“ beklagt wird. Es steht nicht nur zu befürchten, dass wer so schreibt, auch so denkt sondern auch noch positive Empfindungen bei den Leser(inne)n hervorruft. *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507